

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Nach dem Pyrrhussieg der Reaktion

Kabinett Laval gestürzt!

Der Senat ahndet die Vergewaltigung

TU. Paris, 16. Februar 1932.

Die Regierung Laval ist im Senat mit 157 gegen 134 Stimmen gestürzt worden.

*

† Berlin, 16. Februar 1932.

So hat sich also schneller als zu erwarten, der Sieg der Regierungsmehrheit in der Kammer, wie wir voraussagten, als ein Pyrrhussieg herausgestellt. Der Senat hat verfahren nach dem alten französischen Wahlspruch der goldenen Mitte und der Gutbürgerlichkeit; nicht revolutionär und nicht reaktionär. Der Coup des „Personals Mandel-Laval“ aber war zugleich reaktionär und revolutionär. Er war eine Vergewaltigung der demokratischen Tradition, die in Frankreich noch Gewicht hat. Die Stimmzahl für die famöse Wahlreform mußte sich einige Rabatbzüge gefallen lassen. Erst waren es 311, dann lautet die offizielle Ziffer 290 und schließlich ist es bei 286 geblieben; die Kammer war also bei mehr als 600 Mitgliedern nicht einmal beschlußfähig.

Nun hatte man freilich damit gerechnet, und daß war die Trumpfkarte der Laval-Freunde — daß der Senat davor zurück-

schrecken würde, das Kabinett zu einer Zeit zu stürzen, wo wichtigste außenpolitische Fragen behandelt werden. Laval hat sich hinter den Kulissen alle Mühe gegeben, eine Vertagung der Debatte über die Interpellation des Senators Peyronnet zu erlangen, um dann mit dem Senat ein Kompromiß zu schließen. Aber der Leichenwagen hat, nach dem Wort eines Mannes der Mehrheit, schon im Hof des Palais Luxembourg gestanden. Die Ausschiffung Briands ist dem ehrgeizigen Ministerpräsidenten nicht gut bekommen.

Was wird nun, vor allem was wird in Genf? Gardieu hat schroff erklärt, bei einem Regierungsturz sofort sein Amt niederzulegen. Die Konferenz wird deshalb nicht platzen, sie wird deshalb auch nicht weniger und nicht mehr erreichen. Kein Nachfolger Tardieus,

gleichgültig wie ein neues Kabinett aussehen mag, wird eine andere Haltung einnehmen als sein Vorgänger.

Der Senat ist gewiß alles andere als revolutionär. Aber er hat es Laval nicht zuletzt übel genommen, daß er es nicht verstanden hat ein Konzentrationskabinett zustandezubringen. Daß dann das Regierungsschiff immer mehr den Kurs nach rechts nahm, daß das Budget alles andere als im Gleichgewicht ist, daß sich die Folgen der Krise mehr und mehr auch auf Frankreich niederschlagen, all das hat Lavals Stellung doch tiefer erschüttert als man dachte.

Und dann die Verletzung der demokratischen Form, deren Hüter der Senat im Sinne des darin empfindlichen französischen Volkes ist — es war zuviel!

Wieder Börsenfreiverkehr

Reichsregierung und preußisches Handelsministerium haben den Börsenvorständen mitgeteilt, daß sie mit der Abhaltung von Versammlungen der Wertpapierbörse nunmehr einverstanden sind. Dabei soll jedoch zunächst von amtlichen Kursfeststellungen abgesehen werden. Des weiteren erscheint es notwendig, daß der

Wertpapierverkehr sich nach der langen Dauer der Schließung in der nächsten Zeit unbeeinflusst von Pfandverkäufen von Wertpapieren (Lombardeffekten) entwickelt. Es sollen daher vor der Wiederaufnahme der Börsenversammlungen Beschlüsse der Berufsvereinigungen des Bankgewerbes veranlaßt werden, nach denen sie sich für ihre Mitglieder verpflichten, Pfandexekutiven im Börsenverkehr vorläufig nicht vorzunehmen.

Konterrevolution in Spanien

Proletarische Teilkaktionen blutig niedergeschlagen

Berlin, 16. Februar 1932.

Die Freude über die spanische Revolution, oder was sich so nannte, ist bald wachsender Besorgnis gewichen. Was man von Anfang an fürchtete, scheint sich mehr und mehr zu bewahrheiten: daß die spanische „Revolution“ denselben Verlauf nimmt und ebenso im reaktionären Sand versickert wie die deutsche von 1918. Hier wie dort die Aenderung der Staatsform. Hier wie dort der Umschwung als Endergebnis eines mißglückten Krieges. Daß der eine Monarch Wilhelm hieß und der andere Alfons — das ist kein wesentlicher Unterschied. Was in Deutschland sich Noske nannte, hatte in Spanien den klangvolleren Namen Sanjurjo. Die Parallele ließe sich noch sehr viel weiter treiben. Es gibt auch in Spanien Scheidemann und Eberts. Natürlich liegen in Spanien die sozialen und ökonomischen Verhältnisse anders als bei uns, die Machtfaktoren sind anders gelagert, und doch ist es geradezu unheimlich, wie man Phase für Phase an die Entwicklung in Deutschland erinnert wird.

In Spanien hält man jetzt an der Phase irregulärer, schlecht organisierter Kämpfe, wirtschaftlicher und politischer Art. Was man an Nachrichten vor sich liegen hat, sind die Meldungen bürgerlich-reaktionärer Nachrichtenbüros, aus denen man nur herauslesen kann, daß erbitterte Kämpfe stattfinden. Die Meldung der Hugenbergschen Telegraphenunion aus Madrid lautet so:

Die Kommunisten und Syndikalistinnen hatten für Montag in ganz Spanien Streikparolen ausgegeben, um gegen die von der Regierung verhängten Verbannungen zu protestieren. In sämtlichen größeren

Städten hatten die syndikalistischen Gewerkschaften die Arbeit niedergelegt, während die sozialistischen Arbeiter der Streikpartei keine Folge leisteten. In mehreren Städten kam es zu ernstesten Zwischenfällen. In Vittoria wurde ein Polizist schwer verwundet.

In Madrid versuchten die Syndikalistinnen unter Gewaltaandrohung, den Streik zu erzwingen, was aber nicht gelang. An verschiedenen Plätzen der Stadt wurden Bomben geworfen. In Barcelona streikten die Hafen- und Metallarbeiter. In Sevilla, Cadix und Soria herrscht Generalstreik, in Malaga und Sarragossa Teilstreiks. In verschiedenen Städten mußte das Militär eingreifen, um die Ruhe wiederherzustellen, so in Tarrasa bei Barcelona, wo die Arbeiter das Rathaus gestürmt und die Sowjetflagge gehißt hatten. Auch die Landarbeiter im Gebiet von Medina Sidonia haben sich dem Streik angeschlossen.

Daraus kann man schließen, daß die sozialistischen Gewerkschaften treu zum Regime von „Ruhe und Ordnung“ halten, daß auch die spanische Sozialdemokratie eine Politik des „kleineren Übels“ adoptiert hat, daß überall wohl Teilkämpfe, anscheinend vielfach putschistischen Charakters, stattfinden, daß sie sich aber totlaufen oder an der Waffengrenze der herrschenden großagrarisch-kapitalistisch-kerikalen Systems brechen. Denn man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Auflösung des Jesuitenordens noch längst nicht den klerikalen Einfluß, der tief auch im Volk wurzelt, beseitigt hat. Der Einfluß der Kommunisten auf die Streik- und Putschbewegung dürfte wohl viel geringer sein, als in den Nachrichten zum

Ausdruck kommt — der Bolschewistenschreck ist noch immer ein beliebtes Requisite der Reaktion —, dagegen neigt der in Spanien relativ starke Anarcho-Syndikalismus seinem Wesen nach zu blankistischen Einzelaktionen.

Und da die industrielle Arbeiterschaft Spaniens innerlich zerrissen, nebeneinander und gegeneinander marschiert, hat sie natürlich recht nicht die Kraft, die Landbevölkerung für Klassenzwecke zu organisieren, für die Revolution reif zu machen und für die Kämpfe gegen die Konterrevolution einzusetzen. Es ist also zu befürchten, daß die spanische Revolution liquidiert wird im Sinne einer Bourgeois-Republik, die freilich gezwungen ist, die Vorstufe zu einer wirklichen sozialen Revolution auszubauen. Die Revolution in Spanien wird zwar nicht aufhören, sie wird weitergehen. Doch diese erste Phase muß wohl jetzt schon als für das Proletariat verloren betrachtet werden.

Und nicht den geringsten Teil der Schuld trägt die Koalitionspolitik der spanischen Sozialisten, ein Faktor der Konterrevolution, den wir in Deutschland nur zu gut kennen.

Der legale Terror geht weiter

Die letzte Meldung der Telegraphen-Union aus Madrid schließt mit den Worten:

Die Regierung ist entschlossen, jeden neuen Versuch von Aufständen und Unruhestörungen mit Gewalt niederzuschlagen. In Barcelona liegt ein Handelsschiff bereit, um die Rädelführer dieses neuen Aufstandes ebenfalls zu deportieren.

Wie wird nun ein neues Kabinett aussehen? Man spricht davon, daß der ehemalige Ministerpräsident Barthou die Regierungsbildung übernehmen und eine Art geschäftsführendes Kabinett für beschleunigte Wahlen zusammenstellen soll. Er würde also wohl versuchen, ein Übergewichtskabinett der Konzentration zusammenzubringen. Gelingt ihm (der einem anderen das nicht, oder weigert sich die Kammermehrheit, ein Senatskabinett zu akzeptieren, so bliebe eben nur die vorzeitige Auflösung der Kammer. Auch mit dieser Eventualität ist zu rechnen.

(Daß das ev. Ergebnis der bevorstehenden Wahlen schon durch ein Linkskabinett unter Herriot vorausgenommen werden konnte, wie es in einer unmittelbar vor Redaktionsschluß eintreffenden Meldung heißt, ist nicht sehr wahrscheinlich. Die Nachteile dürften die möglichen Vorteile für die Linke (Wahltechnik!) überwiegen.)

Die bürgerliche Linke und die Sozialisten gehen mit guten Hoffnungen und mit günstigen Vorzeichen in den Wahlkampf. Sie werden sich kaum hänge machen lassen vom „Ami du peuple“, dem „Volksfreund“ des Duftfabrikanten Coty, daß das Land sich gegen die Senatoren, die das schöne Reformgesetz verwerfen, empören würden.

Laval ist gestürzt. Was auch kommt, es wird nur eine Übergangspause sein. Die Wahlen erst werden zeigen, daß das französische Volk kein reaktionäres Kabinett haben will, wenn es auch noch weit davon entfernt ist, einer revolutionären Mehrheit in den Sattel zu helfen. Die Linke ist jedenfalls im Vormarsch.

Herriot Nachfolger?

Bei der Geschäftsordnungsdebatte erledigt

TU. Paris, 16. Februar 1932.

Der Sturz der Regierung Laval erfolgte am Dienstag nachmittag im Senat bei der Abstimmung über den Antrag des Ministerpräsidenten, die allgemeine Aussprache um eine Woche zu vertagen. Dabei wurde dem Kabinett mit 157 gegen 134 Stimmen das Vertrauen entzogen. Der Abstimmung ging lediglich eine kurze Geschäftsordnungsansprache voraus.

Bei dem ersten Antrag auf Vertagung der Aussprache bis zum Ende der Genfer Konferenz hatte Laval die Vertrauensfrage nicht gestellt. Als sich bei der ersten Abstimmung eine Mehrheit von 21 Stimmen gegen die Regierung ergab, änderte Laval den Antrag, in dem er eine Vertagung bis zum 19. März verlangte und dabei die Vertrauensfrage stellte. Dabei wurde die Regierung gestürzt. Laval wird sich noch am Dienstag in Begleitung des Ministeriums ins Elysee begeben, um den Präsidenten das Rücktrittsgesuch zu überbringen. Als Nachfolger wird Tardieu genannt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Linke die Regierung übernehmen will. In diesem Falle dürfte Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Lausanne am 20. Juni? Wie in Paris verlautet, soll die Lausanner Konferenz am 20. Juni, d. h. zehn Tage vor dem Ablauf des Hoover-Feierjahres, eröffnet werden.

Generalstreik der Wirte?

Der Hamburger Bierstreik scheint Schule machen zu wollen. Wenigstens ist nunmehr auch für das bayrische Oberland ein allgemeiner Bierstreik proklamiert worden, wobei ausdrücklich bemerkt wird, daß sich dieser nicht gegen das mittelständische Brauerei- und Gastwirts-gewerbe richtet, sondern eine Herabsetzung der untragbar hohen Biersteuer herbeiführen soll.

Auch in Berlin fand am Montag eine Versammlung der Vertreter der verschiedenen Berliner Gastwirtschaften statt, die sich mit dem Bierpreis beschäftigte. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß das Gastwirts-gewerbe steuerlich außerordentlich überlastet sei und nicht zugunsten der öffentlichen Verwaltung und der Finanzen Selbstmord begehen wolle. Von verschiedenen Seiten wurde Selbsthilfe nach dem Muster Hamburgs gefordert. Es wurde ein Ausschuß Berliner Gastwirte gebildet, der die Vorarbeiten für den Kampf durchzuführen soll, falls die Verhandlungen mit der Regierung ergebnislos verlaufen sollten. U. a. wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß

der Bierkonsum seit 1929 um 50%

gesunken

ist.

In Hamburg scheint die Bewegung noch in der Ausbreitung begriffen zu sein. Der Leidtragende ist dabei die Stadtverwaltung, für die jeder Streiktag einen

Einnahmeausfall von 40 000 Mark

bedeutet. So hoch sind nämlich die Biersteuern und eben diesen gilt ja im Grunde genommen diese ganze Aktion, wobei freilich übersehen wird, daß die Brauereien auch bei dem verringerten Umsatz noch immer fette Profite erzielen.

Die Gastwirtschaftspartei — pardon Wirtschaftspartei — ist wegen der Angelegenheit bereits bei Brüning vorstellig geworden und hat eine „Umgestaltung“ der Biersteuer verlangt. Die jetzt geforderte Bierpreissenkung nehme den Gastwirten vielfach schon den reinen Nutzen weg. Die Wirtschaftspartei soll sogar angedeutet haben, daß das Ausbleiben einer befriedigenden Lösung die weitere parlamentarische Stützung Brünings in Frage stelle.

Man plaudert weiter

Die Genfer Abrüstungsgespräche

Von den „Abrüstungsreden“, die am Donnerstag gehalten wurden, war bemerkenswert, was der Vertreter Argentiniens, der frühere Außenminister Bosch, hinsichtlich der Lebensmitteltransporte im Kriegsfall ausführte. Argentinien glaube, daß durch einen Beitritt zu den bekannten Vorschlägen Hoovers über die Sicherung des freien Verkehrs von Lebensmittelschiffen in Kriegszeiten zur Humanisierung des Krieges beigetragen werden könne. Es klingt gut, heißt aber nichts anderes als: Geschäft über alles.

Für die französischen Vorschläge setzt sich Aga Khan, der persische Delegierte, ein, und später der slowakische Außenminister Marinkowitsch.

Theoretisch stimmte auch der schweizerische Bundespräsident Motta zu, indem er diese Vorschläge als ein „logisches Ganzes“ bezeichnet; doch eilten ihre Grundgedanken der Zeit voraus. Eine restlose Abrüstung käme nicht in Frage, weil kein Land dazu bereit sei. Motta bemüht sich zu vermitteln und regt unter anderem im Zusammenhang mit der Erörterung der Schiedsgerichtsbarkeit auf die besonders von Grandi betonte Notwendigkeit der Fortbildung des internationalen Rechts an. Den allgemeinen Teil seiner Ausführungen schloß er unter Beifall mit einer Verherrlichung der deutsch-französischen Annäherung, die dem Schlußstein des Gebäudes des Friedens diene.

Zusammenstöße

Hamburg, 16. Februar 1932.

Zwischen Kommunisten und Polizei kam es in der vergangenen Nacht vor einem kommunistischen Verkehrslokal zu einem Zusammenstoß. Als die Polizei eine Ansammlung von etwa 150 Kommunisten zerstreuen wollte, leistete die Menge Widerstand. Fünf Kommunisten wurden festgenommen.

Radau — das ist der Rest des Parlamentarismus

Darmstadt, 16. Februar 1932.

Am Dienstag vormittag trat der hessische Landtag zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Der Fraktionsvorsitzende der NSDAP verlas eine Erklärung. Als hierauf Staatspräsident Adeling das Wort ergriff, um dem Bedauern der Regierung über die Verwilderung der Sitten im politischen Kampf Ausdruck zu verleihen, wurde er fortgesetzt von den Nationalsozialisten durch Zwischenrufe unterbrochen, so daß seine Rede zum größten Teil unverständlich blieb. Der Tumult steigerte sich schließlich derart, daß der Staatspräsident es vorzog, seine Rede abzubrechen. Die Verhandlungen nahmen dann ihren Fortgang, ohne daß die Unruhe im Hause nachließ.

Nach Hindenburgs Entscheidung

Im ersten Wahlgang keine Hoffnung auf seinen Sieg

b. j. Berlin, 16. Februar 1932.

Die Annahme der Reichspräsidenten-kandidatur durch Hindenburg hat fürs erste eine gewisse Klarheit geschaffen. Die Positionen der Parteien und anderer Machtfaktoren beginnen sich abzuzeichnen. Der Wahlkampf hat begonnen. Die erste Kampfhandlung hat für Hindenburg der Berliner Polizeipräsident unternommen. Die „Rote Fahne“ wurde für vierzehn Tage mit einer nicht einmal juristisch hieb- und stichfesten Begründung verboten. Die republikanische Presse jubelt über Hindenburgs Entschluß. Theodor Wolff, der Hüter der Demokratie, wie das „Berliner Tageblatt“ sie auffaßt, benützt den „Adelsmarschall“ als Schwurzeugen für seine eigene Ueberzeugung, daß Hindenburg gewählt werden müsse. Andererseits meint er, daß der „feste Block der Mitte“ es sei, der Hindenburg auf den Schild hebe. Dieser „Block der Mitte“ umfaßt außer dem Zentrum und seinen Kreuzscharen nicht mehr viel. Der „Vorwärts“ hat schon am Sonntag vorbehalten die Stimmen der sozialdemokratischen und Eisernen-Front-Führer, also der Etappenoffiziere, dem alten Marschall zu Füßen gelegt und will heute seine Leser durch Zitierung von nationalsozialistischen Pressestimmen, die Hindenburg aus demagogischen Gründen als „den Kandidaten des Marxismus“ verketzern, glauben machen, daß Hindenburg wirklich ein möglicher Wahlkandidat für sozialistische Arbeiter sei.

Da sind die Erklärungen der verschiedenen Gruppen der nationalen Opposition doch weit ehrlicher und weit klarer. Ihre Parteien, Wehrverbände und Kriegerbünde haben bis zum Augenblick der Proklamation von Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur, mit Ausnahme der Nationalsozialisten höchstens, vermieden, klar Farbe zu bekennen — die „Ehrerbietung vor der geschichtlichen Figur Hindenburg“, die Rücksichtnahme auf den Mythos, den sie selbst geschaffen und der in ihrem Anhängerheer noch höchst lebendig ist, mochte es ihnen als taktisch klüger erscheinen lassen, sich nicht zu offen gegen den Feldmarschall auszusprechen und ihm lieber, „besorgt um die Bewahrung seines geschichtlichen Rufes“, nahe zu legen, von sich aus die Bewerbung zurück-zuziehen. Das ist nun nach Hindenburgs Manifest anders geworden. Jetzt hageln die Kampf-ansagen nur so auf die „geschichtliche Figur“ ein. Wir sagten schon vor Tagen: Es wird allmählich leer um Hindenburg. ... Vergleich mit dieser Voraussage diese Erklärungen!

I. Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten

„Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General von Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelm zu sprechen.“

Der General von Horn hat inzwischen erklärt, daß er Herrn von Hindenburg im Namen des Stahlhelm nichts versprochen habe. Es wird auch darauf hingewiesen, daß auch von Horn selbst nicht im Namen der Kyffhäuserbünde zu Hindenburg gesprochen, sondern Herrn von Hindenburg bloß seine eigene Stimme zugebracht habe.

Der Stahlhelm ist also nicht einmal neutral. Er toleriert Hindenburg nicht!

II. Die Deutschnationalen

„Die Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen. Der Parteivorstand der DNVP ist auf Mittwoch, 17. Februar, einberufen worden.“

III. Die Vaterländischen Verbände (Graf von der Goltz)

„Es kann uns somit nicht zugemutet werden, daß wir noch einmal unsere Stimme dem Schützer dieses Systems geben.“

IV. Die Nazis

„Es ist ein tragisches Geschick für den Träger des Namens einer stolzen Vergangenheit, heute der Kandidat des Marxismus zu sein, der Kandidat eines Noske und eines Crispian ...“

Die Fronten sind wahrhaft geklärt. Da hat der Nationalsozialistische Pressedienst recht. Herr von Hindenburg tritt als Kandidat der Bürger auf. Ihm wird die „Nationale Opposition“ ihre Kandidaten entgegenstellen. Am Mittwoch wird sich im deutschnationalen Parteivorstand entscheiden, ob die Hugenberger unter das Joch des Braunauers kriechen und diesen schönen Adolf als den Einheitskandidaten des Faschismus akzeptieren. Aber selbst, wenn die einzelnen Kampfgruppen des deutschen Faschismus jede für sich gesondert einen Kandidaten aufstellen sollten, wie es jetzt beinahe den Anschein hat, wenn also neben Hitler etwa noch Hugenberg und vielleicht auch noch Duesterberg, Seldte oder ein Prinz von Preußen für den Stahlhelm sich um die Reichspräsidentenschaft bewerben sollte — selbst dann würden die Aussichten für den Einheitskandidaten des noch nicht voll für den Faschismus gewonnenen Bürgertums nicht ganz sicher sein. Es spricht mehr dafür, daß die Propheten im bürgerlichen Lager sich

diesmal ebenso wieder verrechnen, wie sie sich schon früher immer wieder verrechnet haben, wenn es galt, die Aussichten in politischen Kämpfen abzuschätzen.

Die blinden und falschen Propheten der bürgerlichen Presse, die Theodor Wolff, Hellmut von Gerlach, Georg Bernhard, die Stampfer, Elbau, Heinz Simon, Franz Ullstein und Konsorten, die Anno 1925 mit allen ihren Sinnen für Wilhelm Marx erglühten und nicht sahen, daß diesem katholischen Kandidaten niemals der Sieg gegen Hindenburg beschieden sein könne, ereifern sich heute mit fast den gleichen Argumenten für Hindenburg. Sie werden sich möglicherweise ebenso täuschen, wie sie sich damals täuschten, wo es der SPD doch immerhin noch gelang, den größten Teil der Stimmen ihrer Wähler für den katholischen Großbürger Marx zu mobilisieren. Da aber ist das Loch in ihrer Rechnung.

Bei all dem Aufwand von Geld und Propaganda, dessen sie fähig sind, werden die SPD- und Gewerkschaftsführer heute den Großteil ihrer Anhänger für Hindenburg nicht mobilisieren können.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich trotz des lastenden Terrors der eisernen Front-Kommandeure in der kugelsicheren Etappe nicht von ihrem uralten Klasseninstinkt abbringen lassen, der ihnen befiehlt,

ihre Stimmen nur einem Arbeiterkandidaten zu geben.

Die Rechnung ist leicht gelegt. Am 14. Dezember 1930 gaben von 42 Millionen stimmberechtigten Staatsbürgern 89 Proz., also 35 Millionen ihre Stimmen ab. Wenn wir für die Präsidentenwahl vom 13. März mit einer stärkeren Beteiligung rechnen, so finden wir uns in Uebereinstimmung mit allen Betrachtungen der Lage. Von etwa 37 Millionen Stimmen müßte ein im ersten Wahlgang zu wählender Kandidat mindestens eine Stimme mehr als 18,5 Millionen auf seinen Namen vereinigen.

Nehmen wir also die Ergebnisse als Grundlage, die die einzelnen Parteien am 14. September 1930 für sich einbrachten (später werden wir diese Zahlen nach den Ergebnissen der nach dem September 1930 abgehaltenen Wahlen roh korrigieren). Am 14. September 1930 erhielten (in Millionen Stimmen)

1. SPD	2. DNVP	3. Ztr.	4. KPD	5. DVP
8,6	2,5	4,1	4,6	1,6
6. Staats-P.	7. Wirtsch.-P.	8. BVP.	9. NSDAP	
1,3	1,4	1,1	6,4	
10. Landvolk	11. Dt.-Hann.P.	12. Volksrechts-P.		
1,1	0,5	0,3		
13. Dt.Bauern-P.	14. Landbund	15. Chr.-Soz.		
0,3	0,3	0,9		
Zersplittert 0,2				

Heute würden die Zahlen, in Berücksichtigung der Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1931 etwa folgendermaßen eingesetzt werden können:

SPD	DNVP	Ztr.	KPD	DVP	Staats-P.
6,5	3	4,1	6,5	0,9	0,7
Wirtsch.-P.	BVP	NSDAP	Landvolk		
0,5	1,1	9,5	0,9		
Dt.-Hann.	Volksrechts-P.	Dt.Bauern-P.			
0,3	0,1	0,6			
Landbund	Chr.-Soz.				
0,1	0,9				
Zersplittert 0,2					

Davon könnten von vornherein gegen Hindenburg abgesetzt werden DNVP ... 3,0 Millionen
KPD ... 6,5 „
NSDAP ... 9,5 „
Summa 19,0 Millionen

Damit würde die Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang vereitelt sein.

Dazu käme sicherlich der größte Teil der SPD-Arbeiterstimmen, und dazu kämen jene zersplitterten Stimmen, die von Arbeitern im September 1930 für keine der beiden großen Arbeiterparteien abgegeben worden sind und

die wir mangels geeigneter rechnerischer Maßstäbe auch bei unserer Berechnung noch nicht in Erscheinung treten lassen konnten.

Danach scheint ein Wahlerfolg Hindenburgs im ersten Wahlgange nahezu aussichtslos.

Die Generals Herrschaft

Das seltsame Kollegium Hindenburg, Groener, Brüning — im Hintergrund ergänzt durch General v. Schleicher, Hammerstein und Hindenburgs Sohn — das uns regiert, hat schon manchen manchenmal nachdenklich gestimmt: Woher kommen sie? Wie hängen sie zusammen? Der Dortmunder „General-Anzeiger“ bringt jetzt in einem Leitartikel „General v. Schleicher“ einige Einzelheiten über diese Zusammenhänge. Uns genügt der folgende Abschnitt:

„Sie alle waren begabte junge Offiziere des 3. Garderegiments zu Fuß, bestanden frühzeitig das Examen zur Kriegsakademie, trugen mit dreißig Jahren des Großen Generalstabs carmoisingefärbte Hosentstreifen, der Reichspräsident und Hammerstein, der Chef der Heeresleitung, und Schleicher. Im 3. Garderegiment zu Fuß stand auch Hindenburgs Sohn, im Großen Generalstab Groener, der im Oktober 1918 dem Feldmarschall v. Hindenburg als Nachfolger Ludendorffs nahetrat.“

Von ihnen wurde Brüning gefunden und erfunden.

Not und Wirrwarr schufen dann Verpflichtungen und Verpflichtungen, machten aus der Symbiose den Führerbund des deutschen Volkes. Das Zentrum und der Motor dieses Bundes ist jetzt Schleicher.“

Und die Sozialdemokratische Partei verkauft ihr proletarisches Klassen-Erbschaftsrecht an dieses Kollegium bürgerlicher Männer. Aus der Hand dieses Kollegiums nimmt sie den Reichskanzler Brüning entgegen, und nun auch den Reichspräsidenten Hindenburg. — Generale herrschen in Deutschland, und die SPD liegt zu ihren Füßen!

Neue Nazi-Putschdrohungen

An der Spitze des „Völkischen Beobachters“ wird am Dienstag folgende Kundgebung Adolf Hitlers an die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei veröffentlicht:

„Als letzter Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im Young-Plan und in den Notverordnungen gefunden hatte, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu dem Kampfe gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe zu verbrauchen zu lassen.“

Die drohende, aufputschende Sprache, die — wie wir hier kürzlich bereits feststellten — seit Tagen von Herrn Goebbels beliebt wird, ist also nun auch an der verantwortlichen Spitze der Hakenkreuzpartei festzustellen. Damit verscherft sich die Vermutung, daß die Nationalsozialisten die Präsidentenwahl — nach dem Muster Louis Bonapartes — zu einem politischen Abenteuer zu gestalten beabsichtigen. Die Arbeiterschaft muß sich darauf wappnen! Sie muß heute schon die Vorbereitungen treffen, um überall eine ruhige Stimmabgabe zu gewährleisten und eine Verfälschung des Wahlergebnisses zugunsten des Faschismus oder der übrigen Bourgeoisie unmöglich zu machen.

SPD-Kampf gegen Faschismus

KPD-Blatt verboten — Naziverbot aufgehoben

Berlin, 15. Februar 1932.

Der Berliner Polizeipräsident hat die kommunistische „Rote Fahne“ mit sofortiger Wirkung bis zum 29. Februar einschließlich verboten. Anlaß zu dem Verbot gab der am 11. Februar erschienene Artikel „Massenkampf gegen Hunger und Kälte!“ und der am 12. Februar veröffentlichte Aufsatz „Massenkampf gegen den neuen Angriff auf die Erwerbslosen, Kranken und Invaliden“. In beiden Artikeln wird eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erblickt.

Göttingen, 15. Februar 1932.

Nachdem der Oberpräsident der Provinz Hannover das Erscheinen des „Göttinger Tageblattes“ und des mit ihm in Verbindung stehenden „Einbecker Tageblattes“ am 11. bzw. 12. Februar auf Grund eines Artikels von Gregor Strasser mit der Ueberschrift „Naht Ihr Euch wieder, schwankende Gestalten?“ für die Dauer von einer Woche verboten hatte, ist am

Montag das Verbot für beide Zeitungen vom preussischen Staatsministerium aufgehoben worden.

Am selben Tage verbietet ein sozialdemokratischer Polizeipräsident das kommunistische Zentralorgan und hebt ein sozialdemokratischer Minister das Verbot eines Nazi-Organs auf. Das ist die Art, wie die Sozialdemokratie mit ihren „Machtpositionen“ den Kampf gegen den Faschismus führt. Um diese „Machtpositionen“ zu stützen, ist die Eisernen Front geschaffen worden. Sind damit die Proleten der Eisernen Front einverstanden?

*

Wenn jetzt der „Vorwärts“ Krokodilstränen über das Verbot der „Roten Fahne“ vergießt, so kann das nur als eitel Heuchelei wirken, angesichts der Tatsache, daß alle verantwortlichen Stellen — Sozialdemokraten sind.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

11. Fortsetzung

Zeugen und „Zeugen“

Nun beginnt der Kriminalkommissar Goepner seine Arbeit. Die Aktenbände füllen sich mit Protokollen. Die Zeugen, wenigstens soweit sie im Werk beschäftigt sind, haben ja vorher schon der Direktion bekundet, was sie wußten oder doch das, was die Direktion wissen wollte.

Am 27. Januar noch, gleich nach der mysteriösen „Besprechung“ im Werk, wird der Leiter des Sicherheitsdienstes Pagenstecher gehört. Er sagt sehr, sehr zurückhaltend aus: Bullerjahn habe ihm im November, nach der Schrottsache, in gekränktem Ehrgefühl unter vier Augen mitgeteilt, er werde nicht eher ruhen, als bis er von dem Unternehmen in jeder Weise Genugtuung erhalten habe. Er wisse ganz genau, daß der Leiter der Metallwarenabteilung, Gehauer, eine Einkreisungspolitik gegen ihn betreibe. Sollte man ihn zum äußersten treiben, so werde er den Klageweg beschreiten, und hierfür habe er sich schon seit einiger Zeit Aufzeichnungen gemacht, die er zum Schaden des Unternehmens verwenden könne. Pagenstecher erklärt weiter, augenscheinlich auf eine direkt dahin zielende Frage des Kommissars:

„Von einer Absicht, der IMKK Waffenverstecke etc. preiszugeben, hat Bullerjahn nichts zu mir verlauten lassen. Seine Bemerkungen ließen nur erkennen, daß sich sein gesammeltes Material auf den internen Geschäftsbereich beschränkte.“

Dann aber macht er eine Konzession an die vorgefaßte Meinung der Direktoren, die ja Bullerjahn am 6. Januar hatten herbeiführen lassen, um zu sehen, wie er sich in Gegenwart der Kontrolloffiziere benehmen werde, und sagt:

„Als besonders auffällig erschien mir in bezug auf den Verrat zugunsten der Kommission, daß sich Bullerjahn am 6. d. M., als sich die Kommission in den Lagern des Unternehmens befand, sehr komisch benahm. Obgleich er Oberlagerverwalter ist, legte er eine riesige Scheu an den Tag, als er von einem Herrn der Direktion, Herrn Hellwig, aufgefordert wurde, nach einem Lager zu kommen, wo sich zufällig die Mitglieder der Kommission befanden. Als er dann der Aufforderung des Direktors nachkam, wandte er das Gesicht von dem französischen Offizier ab, was sehr komisch wirkte, da Bullerjahn im allgemeinen als dreist zu bezeichnen ist.“

Wie sehr Pagenstecher in diesem Teil seiner Aussage unter dem Eindruck der von der Direktion gewünschten Belastung Bullerjahns stand, erhellt ohne weiteres. Aus welchem Grunde sonst hätte er die vor dem von ihm geschilderten Vorgang liegende Episode verschwiegen? Er wußte doch ganz gut, warum Bullerjahn aufgeregt war, denn ihn, der im Auftrag Gehauers versucht hatte, Bullerjahn aus dem Fischerschen

Lager zu entfernen, hatte Bullerjahn daraufhin zur Rede gestellt, nachdem er zufällig in die Lage gekommen war das zwischen Pagenstecher und Direktor Schweitzer geführte Telefongespräch abzu hören.

Pagenstecher schließt seine Aussage mit dem Satz: „Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.“

Am folgenden Tage wird der Lagerverwalter Fischer vernommen. Ueber seine Bekundungen ist nur zu sagen, daß sie sich vorsichtig um die Beantwortung der Frage herumdrücken, ob Bullerjahn tatsächlich der Verräter sein könne. Fischer ist merklich

befangen, das spürt man aus jedem Wort seiner Aussage heraus. „Ich bin nicht in der Lage, eine bestimmte Person anzugeben, die eventuell den Verrat an dem Unternehmen begangen hat, jedoch halte ich es für nicht ausgeschlossen, daß Bullerjahn zur Sache in Frage kommen kann.“

Ueberaus deutlich springt dem Betrachter hier das System der kriminalpolizeilichen Vernehmung ins Auge. Wie haben die Fragen gelautet, auf die hier mühsam und stockend die Antwort gesucht wurde? Der Verhörte muß wohl zuerst geäußert haben, etwa: Ich kann mir nicht denken, daß Bullerjahn der Verräter

ist — — und der Kriminalkommissar hat augenscheinlich darauf gefragt: Halten Sie es für ausgeschlossen, daß . . . Können Sie behaupten oder wollen Sie gar auf Ihren Eid nehmen, daß Bullerjahn nicht doch . . .“ So konnte er die Antwort ins Protokoll nehmen:

„Jedoch halte ich es für nicht ausgeschlossen, daß Bullerjahn zur Sache in Frage kommen kann.“

Auch hier, in Fischers Aussage, findet sich wieder die Bekundung: Bullerjahn hat gesagt, er werde es dem Wert schon streichen . . . (Weitere Artikel folgen.)

Klassenjustiz erneut am Pranger

Opfer des Kapitalismus

Vier Arbeiter gestorben — Die Schuld des Arbeitgebers

Berlin, 16. Februar 1932

Eine Pinselfabrik hatte chinesische Ziegenhaare bezogen und war von der Lieferfirma darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Ziegenhaare vor der Verarbeitung desinfiziert werden müßten. Ohne das die Desinfektion vorgenommen wurde, mußten die chinesischen Ziegenhaare zu Pinseln, Bürsten und Besen verarbeitet. Fünf Arbeiter wurden dabei mit Milzbrandbazillen angesteckt, von denen vier Arbeiter an Milzbrand starben. Der Fabrikant wurde unter Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung gestellt. Das Schöffengericht verurteilte ihn, die Strafkammer sprach ihn in der Berufsverhandlung frei. Das Reichsgericht hat das freisprechende Urteil wieder aufgehoben.

Die Strafkammer hatte ihren Freispruch damit begründet, daß der Fabrikant zwar habe wissen müssen, daß er fahrlässig handle, wenn er die Ziegenhaare, ohne daß diese desinfiziert gewesen seien, habe verarbeiten lassen, denn dadurch sei eine hohe Gefahr der

Ansteckung mit Bazillen herbeigeführt worden. Auf der anderen Seite habe aber nicht festgestellt werden können, ob im Falle einer Desinfektion der Ziegenhaare diese so keimfrei geworden wären, daß eine Ansteckungsgefahr ausgeschlossen war. Die Sachverständigen hätten diese Frage offengelassen, so daß keine genügende Gewähr für eine wirkliche Keimfreiheit vorhanden sei. Das Reichsgericht hat diese Begründung für bedenklich angesehen und erklärt, daß eine Möglichkeit, daß bei einer Desinfektion die Ansteckungsgefahr nicht ausgeschlossen sei,

zum Freispruch nicht genüge.

Es müsse vielmehr eine Gewißheit dafür vorliegen. Liege diese vor, dann müsse weiter geprüft werden, ob bei einer vorherigen Desinfektion die Krankheit einen so schweren Verlauf nehme und ob die auch dann zum Tode führen könne. Daß eine Ansteckung mit Milzbrandbazillen nicht immer tödlich verlaufe, ergebe schon, daß ein Arbeiter wieder genesen sei.

Wie schonend doch deutsche Gerichte die unglückliche Fahrlässigkeit eines Kapitalisten zu betrachten wissen! Es sind ja „nur“ vier Arbeiterleben zum Tode befördert worden...

Schießerei im Café

Drei Tote

Paris, 16. Februar 1932.

In einem Boulevard-Café hat gestern abend der 37 Jahre alte Argentinier Fernandez Luiz drei Landsleute durch Revolverschüsse tödlich verletzt. Luiz wurde verhaftet.

Einzelheiten

Paris, 16. Februar 1932.

Auf der Polizeiwache gab der Mörder in gebrochenem französisch an, daß er Fernandez heiße, im Alter von 37 Jahren stehe und in Buenos Aires beheimatet sei. Es konnte festgestellt werden, daß er gemeinsam mit einer jungen Spanierin ein Zimmer in einem kleinen Pariser Hotel bewohnte. Diese Spanierin behauptet, nichts von seinem Vorleben zu wissen. Sie habe ihn in Spanien kennengelernt und sei von ihm auf eine Vergnügungsreise nach Paris mitgenommen worden. Fernandez hat zu Protokoll gegeben, daß die drei Getöteten ihm vor zwei Jahren in Argentinien 4000 Pesos gestohlen hätten. Er habe sie bis nach Europa verfolgt und nun in Paris gestellt. In dem Café sei es zu einer heftigen Aussprache gekommen, in deren Verlauf seine Feinde ihn bedroht hätten. In der Notwehr habe er dann zum Revolver gegriffen.

Skandal im Erziehungsheim

Berlin, 16. Februar 1932

Die Vorgänge im städtischen Erziehungsheim Gütergutz werden jetzt ihr gerichtliches Nachspiel finden. Am 8. März werden sich vor dem Schöffengericht Potsdam die Erzieher Meyen und Stein unter der Anklage der Mißhandlung von Fürsorgezöglingen zu verantworten haben.

Fertigstellung einer russischen Erdölleitung

Moskau, 15. Februar 1932.

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, ist der Bau der Erdölleitung Arma wir fertiggestellt. Die Baukosten betragen 23 Millionen Rubel, die Bauzeit belief sich auf zehn Monate, während die Bauzeit der Erdölleitung Grosny-Tuapse dreieinhalb Jahre dauerte. Das erste Petroleum aus Bata sk ist bereits in die Ukraine abgelassen.

Die Krise

unterbindet das Heiraten

Die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1931 betrug der neuesten Veröffentlichung des Statistischen Reichsanits zufolge in den deutschen Großstädten 8,7 auf 1000 Einwohner gegen 9,8 im Jahre 1930 und 10,3 in 1929, dem Jahr, in welchem in den Großstädten die höchste Heiratsziffer erreicht wurde. Die starke Abnahme der Eheschließungen ist wohl ausschließlich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt, denn auch soweit sie durch eine Abwanderung heiratsfähiger Männer aus den Großstädten verstärkt sein mag, ist ihre letzte Ursache allein in der allgemeinen Notlage zu suchen.

Mörder Eis

Sieben Todesopfer des Wintersports in Holland

Im Verlauf von zwei Tagen sind in Holland beim Wintersport insgesamt sieben Personen ums Leben gekommen. Am Freitag abend waren zwei Knaben, die unweit Amsterdam auf einem kleinen Schlitten fuhren, in ein Wasserloch geraten und hatten dabei den Tod gefunden. Am Sonnabend abend brachen in einem Ort unweit Arnheim in Gelderland drei Mädchen und ein junger Mann beim Schlittschuhlaufen durch das Eis, das durch das im Laufe des Sonnabend eingetretene Tauwetter brüchig geworden war. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. Das siebente Opfer war ein junges Mädchen, das in einem anderen Ort des Gelderlandes ebenfalls beim Schlittschuhlaufen durch das Eis brach.

„Billige Wurst“

Der in Prag seit mehr als einer Woche tobende Krieg der Würstchändler gegen die von der Polizei angeordnete 10prozentige Preiserhöhung für ihre köstlichen Erzeugnisse hat zu einer epochemachenden Zwischenlösung geführt: anstatt der bisherigen Würstchen in der in aller Welt für Knackwürste üblichen Größe haben die Prager Fleischermeister ein winziges Würstchen hergestellt, das sie mit 20 Hellern verkaufen und „Koralle“ benannt haben. Das ist eine geradezu geniale Lösung, wenigstens von der Seite der Würstfabrikanten aus gesehen, denn 3 Koallen wägen zwar immer noch etwas weniger als ein normale Knackwürst, kosten aber um ein Drittel mehr.

Der abgestürzte Berggipfel

Ein Wiener Blatt meldet aus Klagenfurt: Der Absturz des Ankogelgipfels ist nun überprüft worden. Die Untersuchung ergab, daß der Absturz infolge starken und plötzlichen Temperaturwechsels erfolgte. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar trat plötzlich Tauwetter ein, das dann sofort wieder in außerordentlich starke Kälte umschlug. Diese Temperaturschwankung bewirkte, daß der Gipfel des 3262 Meter hohen Berges samt den Gletschern und den vorstehenden Felsgebieten des Ankogelmassivs zu Tal stürzte. Es entstand ein Trümmerfeld von Millionen Tonnen Gestein, darunter Felsblöcke von 30 Meter Länge und 15 Meter Höhe. Die schwere Gesteinserschütterung war in dem viel tiefer gelegenen Berggasthof Waidmannsheil wie ferner Kanonendonner vernehmbar und wurde bis ins Anlauf gehört. Jetzt ist das riesige Trümmerfeld vereist, da seit dem Bergsturz Temperaturen von 6—12 Grad Kälte verzeichnet werden. Die Ausdehnung des Trümmerfeldes beträgt in seiner Länge über 1000 Meter und in seiner Breite über 100 Meter.

Alle Touristen werden gewarnt, sich dem Ankogel zu nähern und das verwüstete Gebiet zu betreten, oder auch nur in die Nähe dieses Gebiets zu kommen, da höchste Lebensgefahr besteht.

Devahelm-Prozeß im März

Der Eröffnungsbeschluß in Sachen Devahelm ist in den nächsten Tagen zu erwarten, so daß mit der Durchführung der Hauptverhandlung gegen Jeppel und Genossen im Laufe des März begonnen werden dürfte.

Ausverkauf in Preußen

Der preußische Staat hat seine Anteile an den Siedungsgesellschaften im Betrage von rd. 100 Millionen RM an das Reich abgetreten, um seinen Etat bilanzieren zu können. Damit hat Preußen unter dem Druck der Finanznot einen Einfluß preisgegeben, auf den es bisher besonders stolz gewesen ist.

Versteinertes Obst

Versteinerte Äpfel an einem versteinerten Zweige wurden kürzlich von einem Farmer gefunden, der bei Olds in der kanadischen Provinz Alberta einen Brunnen grub. Der kostbare Fund war zwar bei der Ausgrabungsarbeit beschädigt worden, aber der Brunnen selbst ist wohl erhalten. Man will jetzt die Ausgrabungen fortsetzen und hofft, weitere Reliquien aus prähistorischer Zeit zutage zu fördern. Das ganze Gebiet der Provinz Alberta ist reich an Resten, die auf eine Vergangenheit von Millionen von Jahren zurückweisen. Man hat dort bereits fossile Feigen und Feigenblätter und Palmenblätter in der Tiefe gefunden, sowie Reste von Dinosauriern. Auch tief in den Schächten der Cannore-Minen stieß man auf fossile Farren und versteinerte Fische, wie man auch auf den niederen Höhen der Rocky Mountains Krustentiere und andere in der See lebende Tiere aus uralter Zeit ans Licht brachte.

Wo wird am meisten telefoniert?

Die Intensität des Telefonverkehrs in den verschiedenen Ländern kann nach den verschiedenartigsten Gesichtspunkten beurteilt werden. Absolut am meisten Sprechstellen hat das Deutsche Reich mit 3,27 Mill. Apparaten, ebenso steht es mit der absoluten Zahl der Gespräche mit 2558 Mill. an der Spitze. Am meisten Sprechstellen auf dem Quadratkilometer haben (abgesehen vom Stadtstaat Danzig mit 19,6), Holland und Belgien mit 9,4 (Deutschland 6,9). Am meisten Ortsgespräche pro Sprechstelle hat Polen mit 3659 jährlich (Deutschland 700), auf den Einwohner gerechnet dagegen Dänemark mit 126 (Deutschland 35). Auch in bezug auf Ferngespräche führt Dänemark mit 22,6 pro Einwohner (Deutschland 4,5).

Beethoven und Bruckner

Berlin, 16. Februar 1932.

Das 7. Philharmonische Konzert unter Leitung von Wilhelm Furtwängler brachte Werke von Beethoven und Bruckner zum Vortrag, von jenem das in sich geschlossene Klavierkonzert C-Dur op. 15, von diesem die unvollendet gebliebene Neunte Symphonie.

Als Solist am Flügel Artur Schnabel, der besonders an den Allegro-Sätzen wieder einmal seine außerordentliche Meisterschaft unter Beweis stellte.

Nach der kristallklaren Beethoven-Musik im zweiten Teil des Abends Bruckner. Seine Musik ist nicht nach jedermanns Geschmack. Er war so etwas wie der „Mystiker“ unter den deutschen Komponisten, ein ungehämterter, „musikalischer Naturbursche“ (Rudolf Louis). In seinem Mangel an jeglicher Intellektualität war er „Der Deutsche“ mit allen seinen Vorzügen und allen seinen Mängeln. Ein musikalischer Faust, unklassisch, maßlos, uferlos, sich ganz verschwendend. Ein Genie ohne das Wissen um formale Begrenztheiten. Furtwänglers Interpretation ist bemüht, diese Schwächen auf ein Minimum zu reduzieren, den Mystizismus erträglich zu machen. Es gelingt ihm, soweit das Brucknersche Musik überhaupt zuläßt, diese zu disziplinieren, Dämme zu setzen, wo der Inhalt zu zerfließen droht. Die Neunte Symphonie, die erst nach des Künstlers Tode ausgegraben wurde, ist besonders charakterisiert durch ihre innere Unausgeglichenheit (von dem mystisch-feierlichen I. Satz über die Klönfrhythmen des Scherzos zum Trio); Furtwänglers Interpretation vermag uns wenigstens zu interessieren für eine Musik, die uns kalt läßt.

Das ausverkaufte Haus zeigte sich sehr dankbar. H. D.

Feuilleton der SAZ

Goethe und seine Zeit / Von Anna Siemoen

Goethe ist beinahe 84 Jahre alt geworden. Er hat drei Generationen leben, kämpfen und vergehen sehen und drei Generationen, deren Ablauf eine Umwälzung der Gesellschaft und der Staaten in sich beschloß, wie sie in früheren Zeiten nur Jahrhundertend beschieden war. Einzig dies letzte auf seinen Tod folgende Jahrhundert umfaßt gleich große Revolutionen. Schon das Leben eines Durchschnittsmenschen würde allein durch diese Tatsache lebhaftestes Interesse verdienen. Goethe hat diese Entwicklung mit sehr wachem Bewußtsein verfolgt. Er war sich durchaus klar darüber, daß er eine verwandelte Welt verließ, und sah so die bevorstehenden größeren Wandlungen mit klarem Blick als die meisten Jüngeren mit ihm Lebenden.

Als er 1749 in Frankfurt geboren wurde, stand Europa am Anfang der ungeheuren wirtschaftlichen Revolution, welche wir die kapitalistische Entwicklung nennen. Erst in zwei Ländern, in England und Frankreich kündigte sie sich deutlich an. Diese beiden traten, nachdem ihre Rivalen Spanien und Holland besiegt und zurückgedrängt waren, in den Wettkampf ein um die Herrschaft über die außereuropäische Welt. Aber diese Welt war nur in ihren unbestimmtesten Umrisen bekannt, hatte lebendiges Interesse eigentlich nur für die Mitglieder der großen Handelsgesellschaften, welche sich anschickten Indien auszubeuten, und zunächst noch fruchtlose Versuche machten, in andere Gebiete vorzustoßen. Afrika war ein unerforschtes Erdteil, von welchem man die dunkelsten Vorstellungen hatte, Australien nur an wenigen Küstenstrecken besiedelte Verbrecherkolonie, die Südsee so gut wie unbekannt. Während Südamerika unter der impotenten Herrschaft Spaniens und Portugals schlummerte, begannen in Nordamerika einige englische und französische Kolonisten, in strenger Abhängigkeit von den Mutterländern gehalten, gefährdete Vorstöße von der Küste ins Innere. In Asien waren China und Japan den Fremden so gut wie völlig verschlossen. Die Türkei war unzugängliches Gebiet und nur Indien und die ihm benachbarten Inselgruppen erschienen dem Handels- und Ausbeutungstrieb der französischen und englischen Kaufleute als dankbare Beute. Die Welt war für den Europäer von einer uns heute unvorstellbaren Enge, nicht nur praktisch, sondern ebenso, was seine Kenntnisse von ihr angeht. Sie war kaum weiter als das Gebiet des alten Römerreichs. Zwischen Nordsee und Mittelmeer, Tajo und Weichsel spielte sich das ab, was man damals Weltgeschehen nannte. Jenseits davon begann das Gebiet der Barbarei, der Phantasie, des Märchens. „Hinten weit in der Türkei“ — das bedeutet in der Tat schon Grenze des politischen Denkens.

Dieser Raum, der die „Zivilisation“ umschloß, lebte noch in einer engen wirtschaftlichen Gebundenheit. Nur in Frankreich, England und einigen kleinen angrenzenden Gebieten hatte sich industrielle Produktion in größerem Ausmaße entwickelt, aber das war noch Manufaktur, Handarbeit in fabrikmäßigen Betrieben. Erst während Goethes Kindheit und Jugend setzt in England die ungeheure Revolution durch die Maschine ein, welche in kurzer Zeit das ganze Land umgestaltet, die Kleinbauernschaft endgültig vernichtet, das moderne Proletariat schafft und ganz Europa in die gleiche Entwicklung hineinreißt. Deutschland stand dabei weit zurück. Nur in wenigen Gebieten, in Sachsen und am Niederrhein, gab es alte Manufakturindustrien. An Handelsblüte war

so wenig zu denken, daß die deutschen Schiffe, die nach Frankreich gingen, mangels anderer Produkte Sand als Ballast mitnahmen, der dort in Haufen aufgeschüttet höhnisch als „deutsche Waren“ bezeichnet wurde. Die Entwicklung wurde unterbunden durch den Druck von rund 2000 Herrschaften, Fürsten und Stadtregierungen, der auf dem Lande lastete. Ihre Zollgerechsamkeit hinderten jeden freien Verkehr.

Auch im übrigen Europa stand das politische Leben in seinen Anfängen. Der Absolutismus in Frankreich, die unkontrollierte und willkürliche Herrschaft von Adel und reichem Bürgertum in England drückten schwer auf die großen Massen des Volkes. Aber in beiden Ländern gab es bereits eine wirtschaftlich mächtige, aufstrebende und kritisch gestimmte bürgerliche Klasse, die in England anfangs, mit dem Adel die Macht zu teilen, in Frankreich sehr energisch ihre Ansprüche anmeldete, in beiden Ländern in der Literatur den Ton bestimmte und eine ausgesprochene bürgerliche Welt- und Lebensanschauung entwickelte, im scharfen Gegensatz zum höfischen Adel. Die bürgerliche Revolution kündigte sich an. In Deutschland aber fehlte ein kräftiges Bürgertum. Es gab kaum größere Städte. Berlin zählte 90.000 Einwohner, gleich also kaum einer mittleren Provinzstadt von heute. Und was in diesen kleinen Städten lebte, das waren kleine Handwerker und Krämer und ein Beamtentum, das von den verschiedenen Landesvätern sehr energisch an der Kandare gehalten wurde. Recht auf ein eigenes persönliches Leben und eigene Anschauungen hatte nur der Adel. Rückblickend auf diese seine Jugendzeit läßt Goethe seinen Wilhelm Meister schreiben:

„Ich weiß nicht, wie es in fremden Ländern ist, aber in Deutschland ist nur dem Edelmann eine gewisse eigene, wenn ich sagen darf, personelle Ausbildung möglich. Ein Bürger kann sich Verdienst erwerben und zur höchsten Not seinen Geist ausbilden; seine Persönlichkeit geht aber verloren, er mag sich stellen, wie er will.“

In den freien Städten besaß eine kleine Gruppe bürgerlicher Familien mit der politischen Macht zwar alle ihre gesellschaftlichen Vorteile, war aber auf den engen Kreis des städtischen Bezirkes beschränkt. Der Zutritt zu adligen Kreisen war für den Bürgerlichen so gut wie unmöglich. Goethe läßt die Tatsache, daß Werther sich unerlaubt in eine adlige Gesellschaft wagt, für ihn zur bürgerlichen Katastrophe werden. Und als sein Wilhelm Meister in der sehr untergeordneten Rolle eines wandernden Schauspielers auf ein gräfliches Schloß kommt, unterstreicht Goethe das mit den feierlichen Worten:

„So rief unser Freund allen denjenigen Glück zu, die sich in den höheren Regionen befinden, aber auch denen, die sich einem solchen Kreise nähern, aus diesen Quellen schöpfen können, und pries seinen Genius, der Anstalt machte, auch ihn diese Stufen hinaufzuführen.“

Es wäre falsch, dies deutsche Bürgertum und seine Lage mit dem russischen Bürgertum unter der Zarenherrschaft zu vergleichen. Kamen sie sich an wirtschaftlicher Schwäche und gesellschaftlicher und politischer Rechtlosigkeit auch gleich, so besaß das russische Bürgertum eine ungleich größere geistige Bedeutung. Aus allen Quellen des geistigen Lebens in Westeuropa gespeist, standen die bürgerlichen Intellektuellen in einem scharfen Kampf gegen das eigene Regime und schufen in der schönen und politischen Literatur die schärfsten

Waffen für den kommenden Befreiungskampf. Im Deutschland, in das Goethe geboren wurde, war daran kein Gedanke. Das Bürgertum war auch geistig verschüchtert, nährte sich von den Abfällen französisch-höfischer Dichtung, ahmte, so gut es konnte, die Lebensformen adliger Kreise nach und begnügte sich mit zahmen moralischen Betrachtungen und Satiren, die sich aber nicht an der Obrigkeit vergreifen durften, wobei diese vom Landesfürsten rechnet bis herunter zum Herrn Pfarrer. Die „niederen Klassen“ endlich, Kleinbürger und Bauern, lebten in einem Zustand dumpfer und armseliger Unterdrückung.

Als Goethe starb, war im Westen das erste große moderne außereuropäische Reich, die Vereinigten Staaten, in schnellem Aufstieg begriffen. England hatte nach der fast ein Jahrhundert umfassenden Auseinandersetzung mit Frankreich Atem geschöpft und schickte sich an, sein erdumfassendes Imperium zu gründen. Die Maschine hatte die englische Industrie revolutioniert, das kapitalistische Bürgertum begann, das Parlament zu reformieren und den späteren viktorianischen Liberalismus aufzubauen, aber auch das Proletariat meldete nach Jahrzehnten namenlosen Elends seine Forderungen an und begann sich zu organisieren. Frankreich hatte seine zweite Revolution hinter sich, das bürgerliche Königtum Louis Philippe war installiert, um politisch, sozial und wirtschaftlich die Forderungen der Bourgeoisie zu erfüllen. Die proletarische Revolution kündigte sich bereits an in den Hungerrevolten der Lyoner Seidenwebler und den großen Utopien St. Simons.

Die Welt, aus der Goethe schied, war eine bürgerliche Welt geworden. Der Feudalismus war in den führenden Ländern entscheidend geschlagen, in den übrigen, die allmählich in die kapitalistische Entwicklung eintraten, im Rückzug. Selbst dort, wo er wie in Deutschland politisch noch herrschte, wurden Lebensformen und Gedankenwelt mehr und mehr vom Bürgertum bestimmt. Ja, die politische Reaktion stützte sich auf die durchaus bürgerlichen Philosophien eines Schelling und Hegel, auf die geistige Arbeit der Romantik, welche zwar ein Rückschlag gegen die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, aber ihrerseits durchaus bürgerlicher Herkunft war, auch, wo sie sich ritterlich-feudal drapierte. Und die romantische Ideologie trug in ihrem Schoße bereits eine neue revolutionäre Bewegung. Aus der konservativen Hegelschen Philosophie spaltete sich eine kritisch-radikale Schule ab, der in seinen Anfängen auch der junge Marx angehörte; aus der romantischen Schule ging das „junge Deutschland“ hervor, das die politische und literarische Reaktion offen bekämpfte. Sein glänzendster Vertreter, Heinrich Heine, gehörte bereits zu den bekanntesten und befähigtesten Schriftstellern der Zeit.

Das Bürgertum, politisch in Deutschland geschlagen, stieß wirtschaftlich vor und erzwang die Reformen, die für den kapitalistischen Aufstieg unerlässlich waren. Der preußische Zollverein, der die ärgsten Hindernisse des Verkehrs beseitigte, war im Entstehen. Ein Jahr vor Goethes Tod entwarf Friedrich List seinen Plan eines deutschen Eisenbahnnetzes, 1835 wurden die ersten deutschen Eisenbahnen dem Verkehr übergeben.

Und diese bürgerlich-kapitalistische Welt bedrohte das künstlich durch den Wiener Kongreß, der etwa die Rolle des Vertrags

von Versailles für jene Zeit spielt, hergestellte Gleichgewicht. Die nationalen Revolutionen kündigten sich an. In Deutschland und Italien noch durch brutale Polizeigewalt unterdrückt, in Griechenland bereits erfolgreich, die ganze Balkan- und Orientfrage auflösend (die Türkei lag nicht mehr „hinten weit“), in Polen immer wieder die Herrenländer bedrohend und erschütternd. Es war eine Welt in unablässiger Gärung wie heuer die großen Gebiete Asiens und Lateinamerikas.

Diese Welt hatte auch ihre alten geistlichen Grenzen verloren. Nicht mehr die europäisch-vorderasiatische Geschichte war ihr Inbegriff der Menschheit. Indische Philosophie, ägyptische Kultur, persisch-arabische Dichtung boten Blicke in unerforschte Tiefen und Weiten. Und das Ideal der griechisch-lateinischen Klassizität, das drei Jahrhunderte bestimmt hatte, hatte man aufgegeben. Es reichte nicht mehr aus für die Bedürfnisse einer grenzenlos gewordenen, aufgewühlten, gärenden Gesellschaft.

Eine große Idee, die Idee der Entwicklung im Naturgeschehen wie im gesellschaftlichen Geschehen, drang immer siegreicher vor und enthüllte sich als fruchtbarste Hypothese auf allen Gebieten der Forschung, als ein revolutionäres Prinzip, das in seiner Anwendung den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprach. Außerlich war in diesem Deutschland der Nachrevolution Beschränktheit und Gebundenheit noch groß. Aber der Boden war vulkanisch unterwühlt und erhitzt. Und dem feineren Ohr waren die grollenden Erschütterungen wohl hörbar, welche die neue Epoche ankündigten, in deren Ablauf wir noch heute stehen, deren Probleme und Kämpfe, damals bereits vorgezeichnet, jetzt, hundert Jahre später, nach der Lösung durch uns drängen.

Diese Zeit vorzubereiten, ihr das Bewußtsein und die Ausdrucksfähigkeit zu geben, dazu hat Goethe im höchsten Maße beigetragen. Nicht immer bewußten Willens. Wir haben viele Äußerungen des Unmuts von ihm über den Gang der Dinge, von dem er sich früh schon zurückgezogen hatte auf einen olympischen Beobachtungsposten. Gerade dies, daß seine Wirkung stärker und weitreichender war als sein Wille, steigerte in ihm gegen das Ende seines Lebens einen eigentümlichen Fatalismus. Er glaubte den Menschen, und gerade den genialen Menschen, getrieben von dämonischen Mächten, die scheinbar unvernünftig, über menschlichen Plan und menschliche Vernunft hinaus, eine übermenschliche Notwendigkeit durch ihn und an ihm vollstreckten. In diesem Gefühl setzte er über den letzten, spät vollendeten Teil seiner Lebensgeschichte das dunkle Motto: „Nemo contra deum nisi deus ipse. Niemand kann gegen Gott, wenn nicht Gott selbst.“ Und er schloß dies sein Werk mit Worten aus dem Egmont, welche die gleiche Hingabe an eine unerforschliche Notwendigkeit aussprechen:

„Kind, Kind, nicht weiter! Wie von unsichtbaren Geistern gepöpselt, gehen die Sonnenperle der Zeit mit unsers Schicksals leichtem Wagen durch; und uns bleibt nichts als, mutig gefaßt, die Zügel fest zu halten und bald rechts, bald links, vom Steine hier, vom Sturze da, die Räder abzulenken. Wohin es geht, wer weiß es, erinnert er sich doch kaum, woher er kam.“

So, als einen von einer gewaltig bewegten Getriebenen, der im Aufstiege des europäischen Bürgertums einer seiner größten Vertreter, Repräsentant vielfältiger widerstreitender Kräfte, und daher gerade in der zeitlichen Bedingtheit Träger und Ausdruck menschlichen Wesens ist, müssen wir ihn sehen, um ihn in seiner Wirkung auf seine Zeit wie in seiner über die Zeit hinausgehenden Bedeutung zu erfassen.



Copyright by Neeset Deutscher Verlag, Berlin W 8

48. Fortsetzung.

Bergseefarbene Moschusblumen, Malus punica, deren üppige Blüten tiefrot leuchten, als wären sie aus Rubin, vermengen sich mit den purpurfarbenen Ballias und den Maribonas, deren Blätter wie Flammen züngeln. Sie werden umschwebt von der leuchtend blauen Morpho laertes und der mächtigen, vielfarbigen Thysania strix aus Surinam.

Diese tropische Wildheit hat etwas Erschreckendes, das nicht zu dem kühlen Marmorsaal paßt, noch weniger zu den erwarteten Gästen. Nur die Leuchtreklame, die schillernd in dem Raum bricht, hat in ihrer Ueber-schwenglichkeit eine Verwandtschaft mit ihr.

Vorher sind es nur die Kellner, die das ungewohnte Schauspiel betrachten. Es sind sechzig Männer, die mit der gleichen Sorgfalt wie die Schmetterlinge und Pflanzen für diesen feierlichen Anlaß ausgesucht wurden. Sie haben alle glänzende Figuren, regelmäßige Gesichtszüge, einen reinen Teint. Sie

sehen alle aus, wie man sich englische Lords vorstellt, oder wie Filmliebhaber, natürlich nicht wie im Leben, sondern so wie sie auf der Leinwand erscheinen. Sie tragen ihre Fracks mit außerordentlicher Eleganz und nur die kleine Metallmarke mit ihrer Nummer verrät die untergeordnete Rolle, die sie hier zu spielen gezwungen sind.

An diesem Abend müssen sie Franzosen markieren, um die Vornehmheit des Festes zu erhöhen. Unter ihnen befinden sich Vertreter fast aller weißen Nationen der Welt; neben einigen wenigen echten Franzosen gibt es Schweden und Griechen, Deutsche, Spanier und Angehörige der verschiedenen Balkanstaaten. Wenn sie bedienen, müssen sie alle französisch sprechen. Nun, jedenfalls hört sich ein gebrochenes Französisch, dessen Gebrochenheit die Gäste nicht erkennen, besser an als das Einwandererenglisch, das ihre Erscheinung Lügen strafen würde.

Auch Herr Fish befindet sich unter den Kellnern.

„Man kann manchmal Lust bekommen, den ganzen Kram hinzuwerfen und der Gesellschaft mal tüchtig die Meinung zu sagen. Ich spüre schon meine Beine und dabei hat das Fest noch nicht einmal angefangen.“

„In der Küche sind die Köche ganz wild — und an wem lassen sie ihre schlechte Laune aus? An uns.“

Elnige Kellner unterhalten sich über den Tafelschmuck und über die Geschenke, die die Maitres d'hotel unter die Gedecke der Gäste legen.

„Ich verstehe nicht, warum man nicht auch uns mit einer brillantenen Krawattennadel überrascht. Warum die reichen Leute immer nur denen was schenken, die ohnehin schon mehr als genug haben?“

„Ich möchte die kleinen goldenen Löffel mit nach Hause nehmen, die sind ganz niedlich; meine Frau könnte mit ihnen gut unsere Kanarienvögel füttern.“

„Sprich nicht so laut, du Dummkopf, du kannst noch in die Klauen von Detektiven geraten.“

„Mein Lieber, wenn du hier was klauen kannst, dann verdienst du eine Medaille.“
Jetzt ruft ein Glockenzeichen die Kellner zum Essen. Die Kapitäne achten darauf, daß die Kellner auch wirklich essen, denn sie sollen nicht in Versuchung kommen, wenn sie das Hochzeitsmahl servieren.

Die Mahlzeit der Kellner hat auch bei dieser besonderen Gelegenheit nichts Festliches. Sie bekommen das Essen zweiten Grades, stehen also nicht auf der niedrigsten Stufe;

sie werden von den jüngsten Speiseträgern bedient.

Die Kapitäne, die gewöhnlich in einem anderen Raum essen, denn sie gehören zum dritten Grad, erscheinen dieses Mal vollzählig im Speiseraum der Kellner. Man hat so Erfahrungen. Die Kellner pflegen beim Essen immer mächtig zu schimpfen und man spricht ihnen ständig für das nächste Mal Abhilfe. Heute aber befürchtet man ernsthafte Unzuträglichkeiten. Die Nachrichten über gewisse Geschehnisse im Hotel erreichen in Windeseile jeden einzelnen; Versuche, die verschiedenen Schichten zu isolieren, blieben in dieser Hinsicht stets erfolglos.

Es war auch leicht festzustellen, daß die Revolte im Speiseraum der untersten Stufe beim Personal Gefallen erregt hatte. Alle schienen auf eine Gelegenheit zu warten, den Mund selbst vollzunehmen.

Der Maitre d'hotel, in dessen Händen die Gesamtorganisation des Festes liegt, hält sich in der Nähe der Tür auf, von der er einen guten Blick auf die Kellner hat. Er wünscht, das Ganze wäre schon vorbei; er weiß aus Erfahrung, wie oft bei wichtigen Gelegenheiten alles schief geht.

Die Kellner, die sich jetzt über ihre Teller beugen, haben nicht die geringste Ähnlichkeit mehr mit englischen Lords. Schon die Art, wie sie die Suppe bräugen, die Löffel hineintauchen, verrät den Kapitänen und Maitres d'hotel, in wie streitsüchtiger Laune sie sind.

Tatsächlich beginnt schon beim ersten Löffel die Hetze.

Der erste Bezirksparteitag Franken

Bei der Gründung unserer Partei waren wir uns bewußt, daß es harte Arbeit kosten werde, um die Arbeiterschaft von der reformistischen Führung der SPD-Bürokratie loszulösen. Wir haben uns von Beginn an darauf eingestellt, daß wir das wüste Geschimpfe der Berufsmäßigigen der SPD nicht mitmachen wollen, sondern daß wir alles vermeiden wollen, was dazu beitragen kann, die Kluft in der Arbeiterschaft zu erweitern. Im vollen Bewußtsein der uns gestellten Aufgabe und überzeugt von der Notwendigkeit, der von der Politik der SPD schwer enttäuschten Arbeiterschaft das Vertrauen zur Sieghaftigkeit der sozialistischen Idee wiederzugeben, sind wir in Franken an die Arbeit gegangen. Was wir ohne jegliche finanzielle Grundlage, ohne Parteiapparat, bitter bekämpft vom gut eingespielten Parteiapparat der SPD Fränkens, trotz Lügen und Verleumdungen mit unserer Arbeit erreicht haben, zeigte uns die über Erwartung gut mit Delegierten aus den drei Frankenkreisen besetzte erste Bezirkskonferenz. Wie groß das Interesse an dieser Tagung war, bewies außerdem die Zahl der Gäste aus der engeren Umgebung Nürnbergs, so daß leider das Tagungslokal im „Goldenen Hirsch“ sich als zu klein erwies.

Nach den Begrüßungsworten des Gen. Habermeyer wurden zur Leitung der Tagung gewählt: Gen. Herrmann-Nürnberg und Vogel-Redwitz, als Vorsitzende. Gen. Strauß-Nürnberg und Staab-Würzburg als Schriftführer. Für die Mandatprüfungs-Kommission wurde Gen. Müller-Nürnberg, Zehe-Schweinfurt und Pfaff-Lichtenfels gewählt.

Nach Erledigung der geschäftsordnungs-mäßigen Angelegenheiten kam

Genossin Düby, Berlin,

vom Hauptvorstand der Partei, zum Wort. Ihre Ausführungen zum Thema „Die politische Lage und die Aufgabe der SAPD“ fanden den ungeteilten Beifall der Delegierten und der Gäste. Vielleicht fand ihre Rede trotz aller sachlichen Schärfe gerade deswegen soviel Anklang, weil sie jede Beschimpfung der Gegner unterließ, weil ihre gesamten Ausführungen nur das eine Ziel hatten, die Notwendigkeit der Loslösung von den reformistischen Parolen und die Schaffung der einzigen revolutionären Klassenfront gegen den Faschismus aller Schattierungen klarzulegen. Aus der Diskussion ergab sich die Zustimmung der Delegierten zum Referat der Genossin Düby.

Nach dem Geschäftsbericht der vorläufigen Bezirksleitung erfolgte die

Neuwahl der Bezirksleitung.

Ergebnis: 1. Vorsitzender: Gen. Habermeyer; 2. Vorsitzender: Gen. Herrmann, Schriftführer und Kassierer: Gen. Strauß, Beisitzer: Gen. Adler und Weinberger.

Als erweiterter Bezirksparteiausschuß treten noch hinzu zwei von den Ortsgruppe Fürth und je ein von den Unterbezirken noch zu wählende Genossen sowie ein Jugendgenosse des SJV.

Als nächster Tagesordnungspunkt stand die

Reichspräsidentenwahl

zur Diskussion. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß man dem Kandidaten der Reaktion den der Arbeiterschaft gegenüberstellen müsse. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß das aus rein parteigegensätzlichen Interessen seitens der KPD beliebte Vorgehen in dieser wichtigen Frage im Interesse der gemeinsamen Kampffront des revolutionären Proletariats zu verurteilen sei. Noch mehr angeprangert müsse aber werden die Hindenburgparole der reformistischen SPD-Führung, die heute den Mann, den sie bei den letzten Wahlen als zu alt und als Reaktionär bekämpft habe, gemeinsam mit den Reaktionären der äußersten Rechten als den Retter der Republik vor die Arbeiterschaft hinstelle. Einerseits „Eiserne Front“ gegen die Faschisten von Hugenberg bis Brüning, andererseits die gleiche „Eiserne Front“ für den Kandidaten der Hugenberg und Konsorten. Damit ist das Urteil der Arbeiterschaft über diese Front gesprochen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Zur Reichspräsidentenwahl beschließt die Bezirkskonferenz Franken, den Hauptvorstand zu ersuchen, möglichst rasch eine Entscheidung zu fällen. Die Delegierten sind der Meinung, daß ein eigener Parteikandidat nicht nur die proletarische Einheitsfront, sondern auch die Arbeiterkandidatur selbst beeinträchtigen würde. Sie sind der Auffassung, daß trotz des parteigegensätzlichen Vorgehens der KPD von unserer Partei Thälmann als Kandidat der Arbeiterklasse anzuerkennen sei. Die Konferenz sieht in der Präsidentenwahl eine Möglichkeit, dem Gedanken der proletarischen Einheitsfront erneut Kämpfer zuzuführen. Sie erwartet, daß die Propaganda der Partei unter diesem Gesichtspunkt durchgeführt wird.

Zur Frage der bayerischen Landtagswahlen wird bestimmt, daß, sobald Näheres bekannt sei, eine Landeskongress zur Klärung der Sachlage einzuberufen sei.

Zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Bezirksstatuts stellen die Bezirksleitung 2, die Nürnberger Ortsgruppe 2, die Fürther Ortsgruppe 1 Genossen für eine fünfgliedrige Kommission, welche dem nächsten Bezirksparteitag einen Entwurf vorlegen soll.

Zur Jugendfrage sprach Gen. Weiß, Nürnberg, dessen Ausführungen in den Appell an die Ortsgruppen ausklangen, der Jugendarbeit im Bezirk größtes Augenmerk zu schenken.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Gen. Herrmann schloß die Konferenz mit einem warmen Appell an die Delegierten zur freudigen und opferbereiten Mitarbeit an dem vordringlichsten Ziel der Partei, der

Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse

Der Bezirksparteitag hat bewiesen, daß die SAP auch im steinigsten Boden Fränkens Wurzeln geschlagen hat, weil die Arbeiterschaft erkennen mußte, daß die Zeit der Parolenschmiede vorbei ist, daß es Ernst geworden ist mit dem Kampf gegen den Klassenfeind. Dieser Kampf wird aber nicht ausgetragen durch die Tolerierung von Notverordnungen und durch gemeinsame Front mit dem Klassengegner bei der Wahl des Reichspräsidenten, sondern durch Schaffung der Klassenfront und Durchdringung dieser Front mit dem einzigen revolutionären Willen zur Vernichtung des kapitalistischen Systems und all dessen, was dieses mörderische System verteidigt und stützt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist nur Mittel zum Zweck. Wir rufen nicht dem Proleten zu, daß jeder unser Parteilbuch in der Tasche tragen muß, wir sind aber auch der Meinung, daß der Kampf um die Macht nicht unter der Führung der KPD-Bürokratie und durch deren Gewerkschaftspolitik geführt werden kann, sondern wir wollen vor allem in die Arbeiterhirne die Erkenntnis pflanzen, daß nur Einheit und Geschlossenheit der ganzen Klasse den Endsieg um den Sozialismus verbürgen.

Frankfurt a. M.

An den Pranger mit den Klassenverrättern: Der Kommunist Gawrylowicz war bei der kommunistischen „Rhein-Main-Druckereigewerkschaft“ als Prokurist angestellt. Auf Grund einer Denunziation eines entlassenen Setzers wurde er festgenommen und wegen Hochverrats vor das Reichsgericht gestellt. Man legte ihm zur Last, daß er im Jahre 1930 die illegale KPD-Schrift „Oktober“ vertrieben habe.

Vor dem Reichsgericht traten zwei Arbeiter, die bei der Arbeitszeitung beschäftigt waren, als Zeugen auf. Sie erklärten, Gawrylowicz habe die Schrift „Oktober“ des öfteren vertrieben. Der eine dieser „feinen“ Klassen-genossen überreichte dem Gericht Schriftsätze, in denen einige Stellen aus der „Oktober“-Schrift zitiert waren, die ihm angeblich der Angeklagte überreicht hat, damit er sie in der bürgerlichen Presse veröffentlichen. Der Reichsanwalt beantragte auf Grund dieser Zeugenaussagen gegen Gawrylowicz wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit der Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung 2 Jahre und 3 Monate Festungshaft. Gawrylowicz wurde schließlich zu 1 Jahr und 6 Monate Festungshaft verurteilt.

86 686 Arbeitslose sind zur Zeit beim Arbeitsamt gemeldet. Am 15. Januar waren 86 061 Arbeitssuchende gemeldet. 7550 Arbeitssuchende kamen neu hinzu. 6986 Arbeitssuchende gingen ab.

Die Radiowerke Schnelder-Opel sind geschlossen. Durch ein Versäumnisurteil wurde die Firma zur Zahlung der schuldigen Löhndelder kostenpflichtig verurteilt, jedoch hat sie bisher nur ganz minimale Teilzahlungen geleistet. Die Möbel der Chefs sollten gepfändet werden. In Berlin finden gegenwärtig Verhandlungen mit Lindström wegen Uebernahme der Werke statt.

Frankfurter Zuschüsse für das Staatstheater in Wiesbaden? Der Magistrat der Stadt Wiesbaden trägt sich mit dem Plan, das bisherige Staatstheater weiterbestehen zu lassen. Nur der Name soll umfrisiert werden. Nassauisches Landestheater soll es künftig heißen. Die finanzielle Basis soll durch Zuschüsse von Staat, Stadt Wiesbaden und Bezirksverband gesichert werden. Möglich wäre das nur durch eine erhöhte Bezirksabgabe. Frankfurt a. M. müßte in diesem Fall am meisten bleichen. Nun ist Frankfurt a. M. infolge des Defizits der hiesigen Theater finanziell schon genug belastet. 1,5 Millionen Mark sollen den städtischen Bühnen im kommenden Jahr zugeschossen werden. Und das in einer Zeit, in der man angeblich nicht über genügend Mittel verfügt, um die Wohlfahrts-erwerbslosen vor der größten Not zu bewahren. So sehr wir als Sozialisten die kulturpolitischen Aufgaben des Theaters zu würdigen wissen, so sind wir dennoch der Auf-

fassung, daß in solchen Notzeiten erst alles getan werden muß, um Hunger und Not zu bannen, bevor man daran denken kann, städtische Gelder für Theaterzwecke zu verausgaben. Insbesondere müssen wir uns dagegen verwahren, daß Frankfurter Steuer-gelder auch noch dazu benutzt werden sollen, das Staatstheater in Wiesbaden zu sanieren. Es gibt dringlichere Aufgaben. — Im übrigen wäre es an der Zeit, daß sich die maßgeblichen Kreise mit der Frage einer Zusammenlegung der Bühnen des Rhein-Main-Gebietes beschäftigen.

Delitzsch

Klaus Zweiling, Berlin, spricht Freitag, 19. Februar, 20 Uhr, im Saale des „Lindenhofes“. Genosse Zweiling wird sprechen über „Rote Klassenfront oder Hindenburgfront?“ Alle Mitglieder der SAPD und des SJVD müssen an der Versammlung teilnehmen und für ihren Besuch werben. Alle Proleten, ob Erwerbslose oder Vollarbeiter, gehen am Freitag zur Zweiling-Versammlung.

Unerhörte Zumutungen an die Wohlfahrts-erwerbslosen! Es ist ein Skandal, wie der Magistrat und die Polizeiverwaltung die Wohlfahrts-erwerbslosen behandeln. Nicht genug damit, daß man ihnen die Unterstützung um 10 bis 20 Prozent gekürzt hat. Bei der Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung am Freitag ließ man die Unterstützungsm-pfänger draußen, also nicht im Hofe des Rathauses und im Flur in der Ritterstraße, antreten und ließ nur jedesmal zehn Erwerbs-lose zur Empfangnahme des Geldes in die Stadthauptkasse hinein. Mit Recht fordern die Erwerbslosen die sofortige Beseitigung dieses unmenschlichen Zustandes.

Pleite der „Eisernen Front“! Am Donnerstags hatte der neugebackene Vorsitzende der SPD die Vertreter der Spitzenorganisationen und den ADGB zu einer Sitzung nach dem Ring geladen. Verhandlungsgegenstand: Bildung der „Eisernen Front“ in Delitzsch. Der SPD-Vorsitzende Schwahn stellte die Frage, ob die Vertreter bereit seien, mit der SPD die eiserne Front zu bilden, wie das auch im Aufruf der Bezirksinstanzen der Spitzenorgani-sationen gefordert wurde. Genosse Müllig-mann (KP-O) gab im Auftrage des Vorstandes des Ortsausschusses des ADGB eine Erklärung ab, die die Beteiligung der Mehrheit des Ortsausschusses zur Bildung der eisernen Front ablehnt. Jedoch habe das Kartell noch keine Stellung genommen, sicher sei aber, daß auch das Kartell in seiner Mehrheit die Bildung der sogenannten eisernen Front ablehnen werde. Auch Genosse Baumgärtel erklärte im Auftrage des Vorstandes des Sport- und Kulturkartells, daß sie die Bildung der eisernen Front ablehnen. Doch habe das Kartell selbst zu der Frage noch keine Stellung nehmen können. Aber auch das Sport-kartell würde kaum eine andere Entscheidung fällen. Die Sportler, besonders die Schwimmer, fordern die gemeinsame Klassenfront aller Werktätigen. Sie unterstützen den auf dieser Grundlage gebildeten Sozialistischen Schutzbund. Dieselbe Meinung hat auch das freigewerkschaftliche Jugendkartell mit nur wenigen Ausnahmen. Der Abend, vertreten durch den SPD-Mann Klunkert, gab keine Erklärung ab. Als Schwahn sah, daß nichts zu machen war mit der „Eisernen Front“, erklärte er, daß sich alles weitere nun erübrige, und schloß die Sitzung. Er forderte jedoch die SPD-Mitglieder auf, noch ein „Weichen“ dazubringen. Zweifellos wird die nächste Gewerkschaftskartellsitzung, die nächste Woche stattfinden wird, sehr interessant werden; denn der Bezirksleiter des ADGB wird daran teilnehmen! Aber ob er teilnimmt oder nicht: aus der Hindenburgfront wird in Delitzsch nichts!

Altenburg

Berufungsverhandlung gegen den National-sozialisten Wilhelm Otto. Der Angeklagte hatte bekanntlich den Arbeiter Otto Fischer aus Wintersdorf gestochen. Der Stich ging durch beide Magenwände und verletzte sogar die Leber. Fischer wurde sofort operiert, denn die Speisereste kamen schon aus der Wunde gequollen. Nur durch sofortiges Eingreifen Dr. Ulrichs blieb Fischer am Leben. Otto musterte mit verschränkten Armen und

kaltblütigem Lächeln die zahlreichen Zuhörer und zeigte keinesfalls Reue über seine rohe Tat. Damals, am 10. Dezember, wurde Otto vom Schöffengericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten der Ver-wundete, der Staatsanwalt und sogar der Ver-urteilte Berufung eingelegt. In der neuen Verhandlung hielt der Staatsanwalt die Schuld Ottos als völlig erwiesen und be-antragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Vertreter des Gestochenen, Rechtsanwalt Kolbe-Leipzig, beantragte Verweisung an das Schwurgericht, da versucht Totschlag in Frage komme. Das Urteil lautete: Die Be-ruftungen des Angeklagten und des Neben-klägers werden abgelehnt. Der Berufung des Staatsanwalts wird sofort stattgegeben, daß das Urteil abgeändert und von 9 Monaten auf 1 Jahr Gefängnis erhöht wird. Das Gericht nahm an, daß vor-atzlicher Totschlag nicht in Frage kommt, und damit erledigt sich der Antrag der Ueberweisung an das Schwur-gericht. Die Kosten haben Angeklagter und Nebenkläger zu gleichen Teilen zu tragen. Der Arbeitermörder Nazi Otto behielt sich eine Erklärung vor.

Landfriedensbruch. Nazi-Zeugen unter Be-einflussung und Meldeisverdacht. In der zweiten Verhandlung trat der vorher ver-urteilte Otto als Nebenkläger auf. Angeklagt sind fünf Wintersdorfer Einwohner, weil sie den Mörder Otto nach der verbrecherischen Tat an dem Arbeiter Fischer verprügelt haben sollen. Das Urteil vom Schöffengericht lautete seinerzeit für Georg sieben Monate, Lehmann drei Monate, und alle anderen Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Kolbe protestiert gegen das Verlassen der Zeugen-aussagen von der Schöffengerichtsverhandlung, weil er die Glaubwürdigkeit der Nazizeugen stark bezweifelt. Findet aber beim Gericht kein Gehör, doch behält sich das Gericht alles weitere vor. Dann folgt wieder eine eingehende Darlegung der Vorgänge. Große Bestürzung rief die Aussage des Zeugen Walter hervor. Auf dem Wege nach Altenburg hörte er eine Unterhaltung, wobei der Nazimann Geyer gesagt hat: Ich soll heute vernommen werden, ich weiß doch gar nichts von der Schlägerei. Trotzdem tritt Geyer als Zeuge auf und macht belastende Aussagen. Als er zur Rede ge-stellt wird antwortet Geyer, daß er von seinem Parteigenossen Meister bearbeitet worden ist. Durch den Vorsitzenden auf seine Aussage aufmerksam gemacht, bleibt der Zeuge Walter bei seiner Aussage fest, und ist bereit, es auf seinen Eid zu nehmen. Durch diese Aussagen wird wohl manches seine Erklärung finden, denn vier Nazizeugen haben unter Eid gesagt, daß Georg zuerst in das Lokal, wohin sich Otto seinerzeit geflüchtet hatte, gekommen sei. Anders der Nazi Otto. Da er in Untersuchung saß und mit niemand eine Verabredung treffen konnte, sagt aus, daß nicht Georg, sondern der Angeklagte Grünzig als erster ins Lokal kam. Wer hat sich nun hier meinedig gemacht? Einer der Nazizeugen ist bereits wegen Unzuchtdelikts in letzter Zeit bestraft. Rechtsanwalt Kolbe bestreitet, daß Landfriedensbruch in Frage komme, höchstens gemeinschaftliche Körper-verletzung. Auch dann müssen die Strafen ganz milde ausfallen, da sich an diesem Tage auf Grund der Tat Ottos der Wintersdorfer Arbeiterschaft eine große Erregung bemäch-tigt hatte. Er beantragte Freispruch. Der Staatsanwalt zieht seine Berufung zurück, da er für niemand höhere Strafen beantragen will. Das Urteil lautet für Georg sechs Monate, bei den anderen Angeklagten bleiben die Strafen wie in erster Instanz, nur die Untersuchungshaft wird allen angerechnet (das sind vier Wochen). In der Begründung ließ es noch, daß die Strafen absichtlich nicht erhöht wurden, da die ausgeworfenen Strafen schon hoch genug sind. Dieser Landfriedensbruch sei kein gewöhnlicher, kein durch-schnittlicher, sondern es sei die Gegenwirkung auf eine Bluttat.

Meuselwitz

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt wiederum eine rege Tätigkeit unserer Arbeiter-Samariter-Kolonie. Durch die Vielseitigkeit der Dienste und Arbeitsgebiet der Kolonne wurden von 22 aktiven Samariter(innen) bei 774 öffent-lichen und 57 Betriebsunfällen insgesamt bei 881 Unfällen erste Hilfe geleistet, die sich wie folgt verteilt: Wunden 458, Knochen- und Gelenkverletzungen 128, Nervenbeschädigung 21, Erkrankungen 116, Verschiedenes 98; ein Arzt wurde in 84 Fällen hinzugezogen. Trans-porte wurden insgesamt 84 ausgeführt. Kurse wurden einer mit 49 Übungsstunden mit In-sgesamt 404 Teilnehmern abgehalten. Die Hauskrankenpflege wurde bei 16 bedürftigen Kranken mit 192 Pflegestunden ausgeführt, und in 30 Fällen wurden Krankenpflegeartikel kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden 217 Kranken- und 69 Sportmassagen und 130 Radioluxbestrahlungen ausgeführt. Ein weiterer Fortschritt konnte in der Haus-krankenpflege erzielt werden durch gewiss-hafte Ausbildung in den einzelnen Fächern. So bestanden 4 Samariter(innen) die ärzt-liche Massageprüfung mit „sehr gut“. Die Geprüften sind von nun an berechtigt, für die Kolonne Bestrahlungen (Radiolux), Vibri-ations- und andere Massagen nach ärztlicher Vorschau auszuführen. Die geleistete Arbeit war nur mit der tatkräftigen Unterstützung der eigenen Mitglieder, Behörden, Vereine, Aerzte, Presse und der unterstützenden Arbeiterschaft möglich. Allen sei für ihre Bereitwilligkeit und Unterstützung besonders gedankt.

Organisationsnachrichten

SAP Delitzsch: Öffentliche Versamm-lung Freitag, 19. Februar, 20 Uhr, im Saale des „Lindenhofes“. Referent: Genosse Klaus Zweiling, Berlin. Thema: „Rote Klassen-front oder Hindenburgfront?“. Eintritt: Voll-ständig 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.
SJV Delitzsch: Die ag. fällt unsere Gruppenarbeit aus. Alle geschlossen zur öffentlichen Ver-sammlung nach dem Lindenhof.

Rund um Anhalt

Auch in Anhalt wird in fieberhafter Tätig-keit die Parole durchgeführt: „Schaffung der Eisernen Front.“ Alle Instanzen, SPD, Reichs-banner, Gewerkschaften, Sportler, Invaliden usw. werden „aktiviert“, um die Sturmflut der Nazis zu brechen. Es scheint, daß die zwangs-läufige Erfolglosigkeit schon nach außen sichtbar ist. Zwar konstituiert sich die „Eiserne“ erst, und es gilt noch abzuwarten. Jedoch während dieser Periode triumphieren die Nazis. Diese Landknechtshorden entfalten ein Leben, als seien sie schon die Herren und das „Dritte Reich“ bereits vorhanden. Die Legalisierung der Partei durch Gröner war anscheinend das Signal, und Anhalt scheint ein zweites Braunschweig werden zu sollen. Ein mißlungener Sturm auf unsere Versamm-lung, der Spaziergang nach Jelfnitz, die Er-oberung des GdA-Vorstandes, die Agitation in den Stadtparlamenten; alles deutet auf Sturm, auf Angriff hin. Und während die „Eiserne“ nicht nur Abwehr, sondern Angriff in den Kundgebungen predigte, also nur drohte, gehen Loepfers SA-Leute an die Arbeit. Wäh-rend die SPD den letzten Rettungsanker wickelt, werden ihre Gemeinde-Vertreter ge-zwungen, die Sitzungen zu verlassen. Anhalt wird das Schicksal Braunschweigs erleiden.

Es wird niemand behaupten wollen, daß den Nazis die Anhänger nur zufließen wegen der schönen Uniform der SA-Leute, die heute schon hier und dort im Stadtbild wieder auf-taucht (trotz des Verbots). Der Zulauf ist doch eine Folge ihrer Aktivität. Aber kein Wort sprechen diese Leute über ihr Unglück in Coswig, wo Arbeiter mustergültig die Ti-raden über die „Irrelehre des Marxismus“ ver-hinderten. Und während in Dessau diese „Irrelehre“ vor über tausend Zuhörern gehört werden mußte, zerbricht man sich den „Ei-sernen Kopf“ über den Sieg über Hitler. Was nützt es, daß man den Nazi-Sitten-Münch-meyer Landesverweist, die Coswiger Arbeiter haben die wirkliche „Eiserne Front“ gebildet. Das Coswiger Beispiel aber zeigt, daß im Ge-fahrenfalle nicht nach Partei-, sondern nach Klassenzugehörigkeit gefragt wird. Und so müssen — die SPD- und KPD-Genossen ein-sehen, daß durch die beiden Gegenpole in der parteimäßigen Bindung die Ohnmacht der Arbeiterklasse entsteht. Es gibt daher nur die eine Forderung: schafft proletarische, überparteiliche Kampforganisationen. Hitler muß geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt.

Gegensätze die die Welt erschüttern

Von Will Schaber

Einer der Faktoren, die immer wieder den ganzen Abgrund reformistischer Gedankengänge illustrieren, ist die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Sowjetrußland. Der SPD-Parteivorstand läßt jetzt wieder eine offizielle Propagandabroschüre erscheinen, die offenkundig nur von dem Bestreben geleitet ist, die erwachenden revolutionären Energien des deutschen Proletariats zu drosseln. Aus der „linken“ SPD-Presse, die für das neue Opus der Lindenstraße begeistert Reklame trommelt, erfahren wir die „Feststellung“ der Broschüre, „daß eine Staatsfabrik noch lange kein sozialistischer Betrieb ist, wenn auch die Staatsmacht sich proletarisch nennt“ und „daß die von den Bolschewisten dem russischen Volk aufgezwungene Staatswirtschaft zwangsläufig in eine Art Staatsklaverei mündet“. Und dann wird dem SPD-Philister das bolschewistische Schreckgespenst an die Wand gemalt. Der Weg der proletarischen Diktatur (also der Weg, den Karl Marx dem Proletariat vorzeichnete) sei in Deutschland unmöglich, er bedeute „ein waghalsiges Abenteuer, das sich nur zu bald mit dem Wirtschaftszersplitterung rächen würde“, die Wissenschaft würde „geknebelt“, die Presse „wie in Rußland unterdrückt, verstümmelt, aus der Welt geschafft“ (in Brüning-Deutschland herrscht nämlich Pressefreiheit), „alles wird verstaatlicht, bolschewisiert, militarisiert, enteignet...“

Dieses infame und verlogene Machwerk wirft die stärkste Stütze des Hindenburg-Konsortiums ausgerechnet in einer Situation auf den Markt, wo auf der deutschen Arbeiterschaft die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftszersplitterens in einem ungeahnten Ausmaß lasten, wo nicht nur über sechs Millionen Erwerbslose und Millionen von Kurzarbeitern, sondern das ganze Heer der ausgebeuteten Lohnarbeiter den sozialistischen Ausweg aus der Krise dringend verlangen. Die Sabotage an der proletarischen Revolution, die von der SPD-Führung systematisch betrieben wird, kann nicht deutlicher zum Ausdruck kommen als in jener ungezügelt-dreisten Hetze gegen die Sowjetunion.

Es ist wichtig, die sozialdemokratische Arbeiterschaft darauf hinzuweisen, daß diese Hetze selbst in der zweiten Internationalen ohne Beispiel dasteht. Eine klare positive Stellung zu Rußland ist freilich im Rahmen sozialdemokratischer Parteien nicht zu erwarten. Immerhin wirkt es wohlthuend, wenn zum Beispiel die „Berliner Tagwacht“, das offizielle Publikationsorgan der Schweizer Sozialdemokratie, in einer Reihe von Leitartikeln aus sachkundiger Feder die Erfolge des Fünfjahrplanes mit eingehender Objektivität registrieren läßt. Oder wenn die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der SPOe, in einer Polemik gegen die Kommunisten zugeben muß: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder blicken mit Spannung und Begeisterung nach Rußland, wo der gigantische Versuch des Aufbaues einer sozialistischen Wirtschaft gemacht wird.“

Das klingt wesentlich anders als das Geheul der Weis-Zentrale, die auch in diesem Punkt in der ideologisch-politischen Einheitsfront mit der liberalen, klerikalen und nationalistischen Bourgeoisie marschiert. In der Tat hat das Weltproletariat allen Anlaß, „mit Spannung und Begeisterung“ auf die Tat des russischen Proletariats zu blicken. Denn es gibt keinen schrofferen Gegensatz als denjenigen zwischen der zusammenbrechenden Wirtschaft in den kapitalistischen Ländern und der aufsteigenden Wirtschaft der Sowjetunion. Gerade der Umstand, daß der sozialistische Aufbau in Rußland zeitlich mit der Totalkrise des Kapitalismus zusammenfällt, gibt dem Geschehen im Osten seine besondere symbolische Wirkung und revolutionäre Kraftausstrahlung. Jede Fabrik, die in der Sowjetunion in Betrieb genommen wird, bedeutet einen Schlag gegen den Kapitalismus, der seine Fabriktore schließt und die Arbeiter zum Hungern zwingt.

Erschütternd ist die Sprache der Ziffern: Die kapitalistischen Staaten haben von 1926 bis heute einen Produktionsrückgang von durchschnittlich 20 Prozent zu verzeichnen (in Deutschland beträgt der Rückgang 16 Prozent, in den Vereinigten Staaten 31,5 Prozent!). Heute schätzt man auf der ganzen Welt rund 25 Millionen Arbeitslose. Das Lohnkommen der Arbeiterschaft sinkt täglich stärker. Vom Beginn der Krise bis Anfang 1931 betrug der Lohnverlust des deutschen Proletariats nach bürgerlichen Aufstellungen bereits rund 7 Milliarden Mark. Aus den Vereinigten Staaten wird ein Sinken des Lohnkommens von 45 Milliarden Dollars im Jahre 1929 auf 28 Milliarden Dollars im Jahre 1931 berichtet (also 37 Prozent weniger).

Und die Sowjetunion? Sie ist das einzige Land ohne Arbeitslose! Sie konnte von 1926—1931 eine Produktionssteigerung um 179 Prozent buchen. Die Löhne sind andauernd gestiegen. Allein in den Jahren 1929—1931 um 100 Prozent (von 10,5 Milliarden auf 21 Milliarden Rubel). Der Plan für 1932 sieht eine weitere Steigerung um 11 Prozent für das Industrieproletariat vor.

Täglich wächst dieser unerhörte Widerspruch zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft stärker. Es ist heute

Durch Kolonialbesitz zum Sozialismus!

Die „Sozialistischen Monatshefte“, Zentralorgan für die Durchlöcherung und Umfälschung der Theorien von Marx und Engels, haben sich ein Verdienst damit erworben, daß sie uns arme Teufel von Zeit zu Zeit durch kontradiktorische Ausspracheabende Einblick in die Geistesverfassung der Männer geben, die uns heute mit Notverordnungen regieren. Wenn wir es uns nicht denken können, so möchten wir es doch gern mal hören, was die Herren in Amt und Würden sich in diesem Karussell von widersprechenden Wirtschaftsmaßnahmen denken, und ob sie sich überhaupt was denken.

Vor den Krieg sammelte sich um die „Sozialistischen Monatshefte“ der Kreis von Revisionisten zum Kampf gegen Bebel und die „marxistische Doktrin“. Nach dem Kriege sahen die „Sozialistischen Monatshefte“ ihre Hauptaufgabe darin, der Sozialdemokratie zu ihrer opportunistischen Praxis die notwendigen opportunistischen Theorien zu liefern, preiswert — in diesen Zeiten des Preisabbaus versteht sich — Quantität über Qualität. Und manchmal eilten die Herren sogar der opportunistischen Praxis der SPD mit weiser Sehergabe voraus, immer noch eine Nasenlänge weiter rechts. „Überwindung der marxistischen Doktrin!“ — vorwärts, vorwärts, in der Welt voran!

Der „Freundeskreis“ dieser Gesellschaft servierte am Montag zur kontradiktorischen Diskussion Herrn Cohen-Reuß. Kennt ihr ihn noch, den Mann mit dem Nußknacker-gesicht und dem trauerhaften „deutschen“ Augenaufschlag? In der mehrheitsozialistischen Fraktion des A- und S-Rats, da verdiente sich Cohen-Reuß seine politischen Spo-

ren, da rannte er geschäftig hin und her und warb mit seiner charmannten Persönlichkeit für „den inneren Frieden“, für Ruhe und Ordnung. Und später, als der A- und S-Rat und Herr Cohen-Reuß langst eine geschichtliche Episode geworden waren, da ließ Herr Cohen-Reuß die Welt wieder aufhören, als er den Achtstundentag „vom sozialistischen Standpunkt aus“ als Rückschritt bezeichnete. „Zehnstundentag“, das ist fortschrittlicher Sozialismus!

Und dann die Kolonien! Seitdem Deutschland keine Kolonien mehr hat, liegen ungeheure Schätze ungehoben in Afrika. Das bereite dem armen Cohen-Reuß schlaflose Nächte. „Wir brauchen Kolonien und Kolonialklaven“, schalmeite Herr Cohen in die Welt. (Schade, daß er einem Herero-Krieger so unähnlich sieht!) Und dann der Großgrundbesitz, seine traurige Lage legte sich tief auf die Seele des Herrn Cohen-Reuß, autarker leben, bescheidener werden, Hochschutzzölle, alles für die deutsche Nation. Arbeitslose, übt Solidarität mit dem Großgrundbesitz! — Der Mann hat schon seine Meriten! Er gehört in den Reichswirtschaftsrat der Hindenburg-Republik.

Also über „Autarkie“ sprach Herr Cohen-Reuß. In der Einfuhr können wir nur an den Agrarprodukten sparen. Die deutsche Landwirtschaft kann uns zwar nicht ernähren, der Krieg war das beste Beispiel dafür, aber, meint Herr Cohen-Reuß, warum „soll das deutsche Volk sich in dieser schweren Zeit nicht einige Beschränkungen auferlegen?“ Stroh-mehl, Rübenmarmelade, warum eigentlich nicht, Herr Cohen-Reuß? Zwar hungern in

Deutschland schon zwanzig Millionen Menschen, aber warum soll sich diese Zahl nicht verdoppeln? Der Weizen würde uns auf dem Weltmarkt nur 120 M. kosten und kostet uns durch die Zölle 230 M. Aber Opfer sind nationale Pflicht. Der tschechische Zucker würde uns 5 M. kosten, unser „guter“ Magdeburger Zucker kostet 32 M. und im Kleinhandel 48 M. Aber wir können doch unsere Agrarwirtschaft nicht zerschlagen lassen, wir können Weizen und Zucker zu diesen Preisen nicht produzieren, und die Preise sind doch durchaus erträglich. Und dann: Roggenbrot macht die Wangen rot. Teilaufarkie heißt die Parole. Die völlige Autarkie könnten nur ein Kontinentaleuropa durchführen, das sich Afrika als sein natürliches Kolonialland (gottgegebenes, Herr Cohen-Reuß!) erschließt. Die Kolonialklaven auf der Stufe des Urwaldaffen, die deutschen Arbeiter auf der Stufe der Kolonialklaven: Ohne Kolonialbesitz, ohne Autarkie, ohne Hochschutzzölle, ohne Lohnabbau und Preisaufbau, ohne Subventionen an die Landwirtschaft und ohne Strohmehl und Rübenmarmelade für die Arbeitslosen — kein Sozialismus.

Ein Fiebertraum, Herr Cohen-Reuß; denn noch leben die deutschen Arbeiter, noch gibt es eine organisierte Arbeiterklasse, die etwas gutzumachen hat, was sie 1918 vergessen hat (versehentlich, Herr Cohen-Reuß): abzurechnen mit Ihnen und Ihren Freunden und Sie nach Afrika zu schicken, in Ihr natürliches Kolonialland und Sie dort die Arbeit leisten zu lassen, die Sie den unglücklichen Kolonialklaven zugedacht haben: „Afrika zu erschließen“.

W. E.

Für einen proletarischen Kandidaten

Am 13. und 14. Februar tagte in Köln der erste ordentliche Parteitag des Bezirks Mittelrhein der SAP, wie nach einem Beschluß der Delegierten der bisherige Bezirk Oberrhein heißen wird. Nach einem Referat des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, über „die politische Lage und die Aufgabe der SAP“ nahm der Parteitag folgende Entschlüsse zur Reichspräsidentenwahl einstimmig an:

„Der Parteitag des Bezirks Mittelrhein der SAP begrüßt die Bemühungen des Hauptvorstandes, bei der Reichspräsidentenwahl die proletarischen Organisationen zu bewegen, für einen gemeinsamen Kandidaten der Arbeiterklasse einzutreten. Aufschärfte verurteilt der Parteitag das Verhalten sowohl der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führer, die ihre Organisationen in den Dienst der nationalistischen Hindenburgfront stellen, wie auch des Zentralkomitees der KPD, das durch die Nominierung Thälmanns als Kandidaten ohne Fühlungnahme mit anderen Arbeiterorganisationen ein geschlossenes Vor-

gehen des revolutionären Proletariats unmöglich macht. Eine weitere Zersplitterung im Lager der marxistischen Arbeiterschaft muß verhindert werden. Deshalb begrüßt der Parteitag, daß der Genosse Rosenfeld für die Wahl Thälmanns eintritt. Der Parteitag erwartet, daß der Parteivorstand die Mitglieder der SAP auffordert, für Thälmann zu stimmen.“

Der kommende Wahlkampf muß von der Sozialistischen Arbeiterpartei benutzt werden, die Massen zu mobilisieren, um ihnen die faschistische Gefahr sowie die Möglichkeit ihrer Abwehr aufzuzeigen. Diese Möglichkeit ist nur in der Einigung des Proletariats gegeben, die über alle Parteischranken hinweg von den klassenbewußten Arbeitern erkämpft werden muß.“

Eine Entschlüsse mit derselben Tendenz ist auch vom Bezirksparteitag Franken der SAP, der in Nürnberg tagte, angenommen worden.

Kampf mit falschem Ziel

Berlin, 16. Februar 1932.

Die deutsche Statistik verzeichnete Ende Januar über 6 Millionen Arbeitslose. Die Löhne schrumpfen zusehends, die Sozialversicherungen werden abgebaut, zugleich rüstet das Unternehmertum zu einer neuen Offensive. Der letzte Akt der Faschisierung der deutschen Republik ist angebrochen. Eine Situation, die, wie man meinen sollte, endlich die Gewerkschaften auf die Beine bringen und ihnen aktiven Schwung verleihen müßte.

Im ADGB scheint man indessen noch weit davon entfernt, solche Konsequenzen zu ziehen. Die Verhandlungen des Bundesausschusses am vergangenen Montag verliefen in einer einschläfernden Langeweile. Leipart berichtete in gewohntem müden Ton, wobei er die Reparationsfrage in den Mittelpunkt stellte, „denn die Welt ist sich klar geworden darüber, daß der politische Streit um die Reparationen

eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise ist.“

Ist sie das? In dem Büchlein, das der ADGB zur Frage der Arbeitszeit kurz vor dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß herausgegeben hat, findet sich eine derartige Feststellung in so absoluter Form nicht. Dort wird sogar zustimmend der Satz eines Volkswirtschaftlers zitiert, demzufolge

die Wirtschaftskrise eine Folge der Arbeitslosigkeit

sei. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse der ADGB-Weisen erscheinen darum zumindest nicht von langem Bestand zu sein.

Ganz und gar abwegig aber ist jedenfalls

kaum noch ein Zweifel daran möglich, daß der Fünfjahrplan im vierten Jahr 1932 durchgeführt wird. Und schon taucht der zweite Fünfjahrplan am Horizont auf. Er sieht nicht nur die weitere Verbreiterung der Industriebasis vor, welche vor allem die weitere Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft für die Zukunft garantiert, sondern auch einen bedeutsamen Ausbau der Konsumgüterindustrie und eine Steigerung der Getreideerzeugung um über 100 Prozent. Und er räumt der Schulung des Proletariats

die Behauptung, daß „die Reparationslasten den Lebensspielraum der deutschen Arbeiterschaft in weitgehendem Maße einschränken“. Mit Verlaub: das besorgen die deutschen Kapitalisten. Sie haben die Reparationslasten um ein vielfaches auf die Arbeiterschaft umgelegt, und das Mittel hierzu waren die Schlichtungs- und Notverordnungsedikte, die von den Gewerkschaften bisher stets und immer geschluckt worden sind. Die Energie des ADGB wäre darum auch bestimmt besser angewandt, wenn sie sich statt auf die Reparationen auf das deutsche Unternehmertum ausrichten würde. Aber das könnte mit der „Eisernen“ kollidieren und womöglich auch die Hindenburgfront sprengen, und das ist wieder eine Konsequenz, vor der die Gewerkschaften bekanntlich zurückschrecken. Das ist ja auch der Grund, warum der Ausschuß zu dem

Problem der Arbeitszeitverkürzung

nur sehr zaghaft Stellung nahm und sich darauf beschränkte, „die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers“ zu kritisieren und „entschieden zu verurteilen“. Dabei ist auch diese Kennzeichnung des Verhaltens Stegerwalds nicht einmal richtig. Der Reichsarbeitsminister hat zur Arbeitszeitfrage kürzlich sogar eine sehr schlüssige Haltung eingenommen. Er hat erklärt, daß eine Arbeitszeitverkürzung nicht in Frage komme, so daß, wenn schon eine „unschlüssige Haltung“ vorliegt, diese doch nur beim ADGB zu suchen ist, der sich nicht schlüssig werden kann über die Antwort, die die Schlüssigkeit des Reichsarbeitsministers heute mehr als je erfordert: Formierung der proletarischen Klassenfront und Kampf dem Notverordnungs-system der Kapitalistenklasse.

einen wichtigen Platz ein, wodurch der Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeit immer mehr schwindet. Die weitere Kollektivierung auf dem Lande aber läßt die noch vorhandenen Klassengegensätze schwinden, die Beseitigung des Kulakentums stellt einen entscheidenden Schritt in der Richtung auf die klassenlose Gesellschaft dar.

Gewaltige Perspektiven zeigen sich in der Sowjetunion, Perspektiven, die ebenso sehr das kapitalistische Weltbeben verstärken und den Untergang einer alten Gesellschafts-

Groener gegen die Jugend

Der Reichsinnenminister hat an die Führer sämtlicher politischer Parteien ein Schreiben gerichtet, das sich, wie schon die Konferenz der Innenminister,

gegen die politische Betätigung der Jugend richtet. Als Vorwand wird der „jugendfremde Haßgeist“, der zu schweren Ausschreitungen geführt habe, benutzt. Herr Groener will nicht mehr und nicht weniger als „ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die das Wahlergebnis noch nicht erreicht hat, einstellen“.

Die Jugend, die das Wahlergebnis noch nicht erreicht hat, ist genau wie jeder Erwachsene Opfer des kapitalistischen Zusammenbruchs, dessen ganze Lasten unter der Verantwortung jener Regierung, in deren Namen Brüning spricht, auf die arbeitenden Massen gewälzt werden. Die Jugend leidet schwerer unter Krise und Arbeitslosigkeit als irgendein anderer Teil der Bevölkerung; sie würde als erste der von den Nazis gezüchteten, durch die Regierungspolitik geförderten Kriegshetze zum Opfer fallen, sobald sie Früchte trägt. Der Jugend das Recht zu nehmen, sich gegen diese schwersten Bedrohungen ihrer Existenz durch politische Aktivität zur Wehr zu setzen — denn um nichts anderes kann es sich in dem vorliegenden Schreiben handeln —, würde einen

unerträglichen Eingriff in die politischen Rechte der Arbeiterklasse

bedeuten. Groeners Schritt richtet sich in der Praxis ganz eindeutig nur gegen die sozialistische Jugendbewegung, denn daß der Nazifreund, der eben dem Hakenkreuz seine Reichswehr geöffnet hat, sich gegen die jugendlichen Braunhemden wenden will — das wird niemand erwarten. Aber vom Wollen ganz abgesehen: Der bürgerlichen Welt und ihren Existenzbedingungen feindlich ist nur die proletarische Jugendbewegung. Nur gegen sie kann und wird sich die entfesselte Aktivität des bürgerlichen Staates wenden.

Die Arbeiterschaft müßte also geschlossen erklären, daß sie nicht daran denkt, sich den Wünschen Groeners zu fügen. Aber schon meldet sich die Sozialdemokratie, die noch eben ihre Jugend zur „Eisernen Front“ rief, und bezeichnet

im Sonntag-„Vorwärts“ Groeners Absichten als „begrüßenswert“;

denn sie berühren ein Problem, das „jeden anständig denkenden Menschen, gleichviel in welchem Lager er steht, dauernd beschäftigt“. Er verlangt die Erziehung der Jugend „im Geiste der Republik“ also die „wahre Aufgabe des Staates“.

Im Geiste dieser Groener-Hindenburg-Republik — nein und abermals nein! Wir verzichten gern darauf, vom „Vorwärts“ in die Front der „anständig denkenden Menschen“ eingegliedert zu werden und protestieren im Namen der klassenbewußt denkenden Menschen auf das Entschiedenste gegen die politische Entrechtung der proletarischen Jugend!

ordnung besiegeln, wie sie auf der anderen Seite das Proletariat in seinem Kampf ermutigen und den zukünftigen Sieg des Sozialismus auch in den übrigen Teilen der Welt verkünden. Nehmen wir die Zeichen auf! Schöpfen wir aus der gewaltigen Revolution des Ostens neuen Mut, neue Tatkraft, neue Begeisterung, um auch bei uns die kapitalistischen Bastillen zu stürmen und durch ein sozialistisches Räte-Deutschland die zweite große Etappe des Befreiungswerks der internationalen Arbeiterklasse zu vollenden!

Politisierung der Jugend

Die Jugendstunde der Deutschen Welle hat mit der Erzählung von Lore von Recklinghausen „Paul unter der Hand“ einer guten neuen Idee Raum gegeben, die, richtig ausgewertet, der Belebung des Rundfunks dienen kann.

Wie die Reichsbahn Tarife senkt

Die Reichsbahn senkt Personentarife. So vernahm man zu Beginn der mit Trommeln und Trompeten eröffneten Preissenkungsaktion.

Dombrowaer Kumpels vor dem Streik

Die Lage im Kohlengrubengebiet von Dombrowa hat sich in den letzten Tagen verschärft. Die Gewerkschaften widersetzen sich der geplanten Lohnsenkung.

Sieg der dänischen Arbeiterfront

Der im dänischen Arbeitskonflikt vom staatlichen Schlichter am 10. d. M. vorgelegte Schiedsvorschlag hat die Zustimmung beider Parteien gefunden.

Die von den Arbeitgebern geforderte 20prozentige Lohnherabsetzung kommt in Wegfall.

Die geltenden Uebereinkommen werden vorläufig um ein Jahr unverändert verlängert. Es sollen jedoch Verhandlungen über eine eventuelle Abänderung dieser Uebereinkommen aufgenommen werden.

Das faschistische „Paradies“

Steigende Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 15. Februar 1932.

Am 31. Januar betrug die italienische Arbeitslosenziffer 1.051.000. Das bedeutet eine Zunahme von rund 70.000 gegenüber dem 31. Dezember.

Komödie hier, Farce dort

USAmerikas Chiffrierschlüssel gestohlen

TU. Genf, 16. Februar 1932

Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht vom 2. auf den 3. Februar ein schwerer Einbruchsdiebstahl bei der amerikanischen Abordnung im Hotel „Des Berges“ verübt worden.

Kampforganisationen oder Hausfrauenvereine?

Die neuen „Kampfmethoden“ der Gewerkschaften

Weit weniger, als es nach außen hin den Anschein hatte, war die Tolerierung der Dezember-Notverordnung eine von der Sozialdemokratischen Partei zu lösende Frage.

Die Folgen zeigen sich mit einer furchtbaren Deutlichkeit in einem radikalen praktischen und theoretischen Kurswandel der Freien Gewerkschaften.

ohne mit einem Wort Forderungen in bezug auf die Außerkraftsetzung der Lohnsenkungen zu stellen.

obwohl ausdrücklich festgestellt wird, daß derjenige Teil der Notverordnung, der die Preissenkung verspricht, von der Regierung nicht innegehalten worden ist.

Weiter: Die Sächsische Gewerkschaftszeitung, herausgegeben vom Bezirksausschuß Sachsen des ADGB, schreibt in ihrem Leitartikel vom 15. Januar u. a.:

„Angesichts der Unmöglichkeit, den Reallohn während der Dauer der Notverordnungsregelung durch Lohnstreiks zu schützen, müssen es die Gewerkschaften als ihre vornehmste Pflicht ansehen, den gleichen Zweck unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse durch Druck auf die Preisgestaltung zu verfolgen.“

sonders jede Arbeiterfrau muß sich beim Einkauf vergewissern, ob die geforderten Preise bereits abgebaut sind, und sie muß, wenn das nicht der Fall ist, auch die Konsequenzen ziehen und in ein anderes Geschäft gehen.

Was wird mit diesen Worten zum Ausdruck gebracht? Sehen wir einmal ab von den kindlichen Vorstellungen über den Zusammenhang von Lohn und Preis.

der völlige Verzicht auf jeden Lohnkampf, die Anpassung an die Versprechungen der Regierungen, die ja niemals einen anderen Zweck hatten als den, den Lohnabbau zu tarnen und der Arbeiterschaft mundgerechter zu machen.

Die „Anregungen“ der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung sind auf fruchtbarsten Boden gefallen. So hat — um wiederum nur ein Beispiel zu nennen — die Plenarversammlung des Ortsausschusses Zwickau des ADGB sich nach dem Bericht des „Sächsischen Volksblatt“ auf den Standpunkt gestellt, daß der Preisabbau nur mündlich sei, wenn besonders die Frauen sich der Angelegenheit widmen“.

„Die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Ortsausschuß ist vorzunehmen.“

Mit der Konsumvereinsleitung ist betr. Abgabe der Preistafeln in Verbindung zu treten.

Zur Werbung für die Preisabbauaktion sollen durch die Ortsausschüsse Flugblätter verteilt werden, die durch den Zwickauer Ausschuß herausgegeben und von den örtlichen Ausschüssen gezeichnet werden.

Der Feststellung und Kontrolle der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis ist wesentlichste Aufmerksamkeit zu widmen.

Qualität und Gewicht der lebenswichtigen Bedarfsartikel sind ständig nachzuprüfen.

Mit den zuständigen Behörden (Stadtrat und Amtshauptmannschaft) ist zwecks Austausch der Unterlagen und Erfahrungen in Verbindung zu treten.

Die Verkaufsstellen sind scharf zu kontrollieren, ob die vorgeschriebene Preistafeln vorschriftsmäßig und richtig sind.

Die Aufgabe der beteiligten Verbände muß es sein, besonders auf die Frauen einzuwirken, daß sie sich den Preisabbaubestrebungen besonders widmen und die Aktion beeinflussen.

Bei Verstößen gegen die Verordnung ist umgehend der Polizei Anzeige zu erstatten.“

„In Verbindung treten“, „Aufmerksamkeit widmen“, „ständig nachprüfen“, „scharf kontrollieren“ — das also sind die „Kampfmethoden“, die die Freien Gewerkschaften in der Krise ihren Mitgliedern empfehlen.

Aufgabe der eigentlichen Funktionen der Gewerkschaften als Kampfgänge der Arbeiterklasse.

Dahinter verbirgt sich der völlige Sieg, den die Regierung Brüning über die Gewerkschaften davongetragen hat, ohne es nötig zu haben, die schwierigeren und aufsehenerregenderen Aufgabe ihrer juristischen Beseitigung nach dem Vorbilde Mussolinis erst durchführen zu müssen.

Uns scheint — wenn man schon einmal das verhängnisvolle Wort anwenden will — die faktische Beseitigung der gewerkschaftlichen Funktionen kein „kleineres Uebel“ als ihre juristische Beseitigung, die ja auch nur eine Vorstufe zu ihrer Ersetzung durch Staatsorgane war.

Nun hatten freilich Brüning und seine Freunde niemals so leichtes Spiel gehabt, wenn die These der Gewerkschaftsbürokratie von der Unmöglichkeit der Lohnkämpfe in der Krise nicht eine so wirkungsvolle Unterstützung in der RGO-Politik der Kommunisten gefunden hätte.

„Ilse“ zahlt 8 Prozent Dividende

Die Kumpels haben für die Aktionäre auch diesmal für 1931 übergengig herausgeschuffen müssen. Die Dividende ist auf 8 Proz. festgesetzt (1930: 10 Proz.).

In derselben Zeit ist trotz enorm gesteigerter Leistung der Schichtlohn von 7,45 M. auf 5,80 M. gesunken.

China wird geholfen!

Der Papst betet — der liebe Gott soll vermitteln

TU. Rom, 15. Februar 1932

Der Führer der chinesischen Völkerbundsabordnung hatte den Papst im Namen des chinesischen Volkes um ein Gnadenvort für sein Land gebeten. Der „Osservatore Romano“ meldet hierzu: Der Kardinalstaatssekretär hat Yen telegraphisch geantwortet, daß der Papst, der in seiner allgemeinen Vaterschaft alle Völker umarmt und dem chinesischen Volk wiederholt Beweise seines Wohlwollens gegeben hat, seine Gebete zusichere, daß baldmöglichst der Friede wiederkehre zwischen den beiden großen Völkern, die die göttliche Vorsehung zu Nachbarn gemacht hat, damit sie die Früchte des Friedens zusammen genießen zum Wohle der gesamten Menschheit.

Für proletarische Klassenfront

Düsseldorfer Buchdrucker gegen die „Eiserne“

Düsseldorf, 16. Februar 1932.

Am Samstag, dem 13. Februar 1932, tagte in Düsseldorf eine Bezirksversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker, die durch folgende drei Punkte ihre besondere Kennzeichnung erhielt.

Um es vorweg zu sagen, wenn jemand Raison notwendig hatte, und sie ihm auch beigebracht wurde, dann war es der Gauvorsteher Löschner. Da er den sachlichen Ausführungen des Genossen Sternberg nichts gleichwertiges entgegenzusetzen wußte, erging er sich, ohne mit einem Wort auf die grundsätzliche Seite des Referats einzugehen, in den pöbelhaftesten Anwürfen gegen die Akademiker im allgemeinen und den Genossen Sternberg im besonderen, der im Gegensatz zu den „Führern“, kein Verständnis für die Arbeiterschaft habe.

hierauf losbrach, dürfte dem „Führer“ Löschner gezeigt haben, daß zumindest die Düsseldorfer Buchdrucker hierüber anderer Meinung sind.

Die Diskussionsredner sprachen sich sämtlich im Sinne des Referenten aus, mit überwältigender Majorität, gegen 12 Stimmen, wurde eine Resolution angenommen, in der u. a. gesagt wird: Die Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Düsseldorf, den 13. Februar 1932, lehnt es ab, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen.

Los von Hindenburg

Protest der Hannoverschen Heizer und Maschinisten

In seiner jüngsten Mitgliederversammlung nahm der Zentralverband der Maschinisten und Heizer in Hannover gegen eine Stimme eine Entschließung an, die einen scharfen Protest gegen die Beteiligung des ADGB-Vorsitzenden Leipart am Hindenburg-Ausschuß ausspricht und die sofortige Zurückziehung der Unterschrift Leiparts fordert.

„Die Versammelten stehen grundsätzlich im schärfsten Gegensatz zu dem Ehrenvorsitzenden des Stahlhelms. An der Einstellung zum Reichspräsidenten Hindenburg hat sich bei der Arbeiterschaft seit 1925 nichts geändert. Einer Unterstützung der Wahl Hindenburgs durch den ADGB, werden die Versammelten den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammelten fordern vom Bundesvorstand, unverzüglich mit den Arbeiterparteien, SPD, KPD, und SAP in Verbindung zu treten und die Aufstellung eines Arbeiterkandidaten zu betreiben. Die Versammelten geloben, alles daran zu setzen, um die Wahl eines Arbeiterkandidaten zu ermöglichen.“